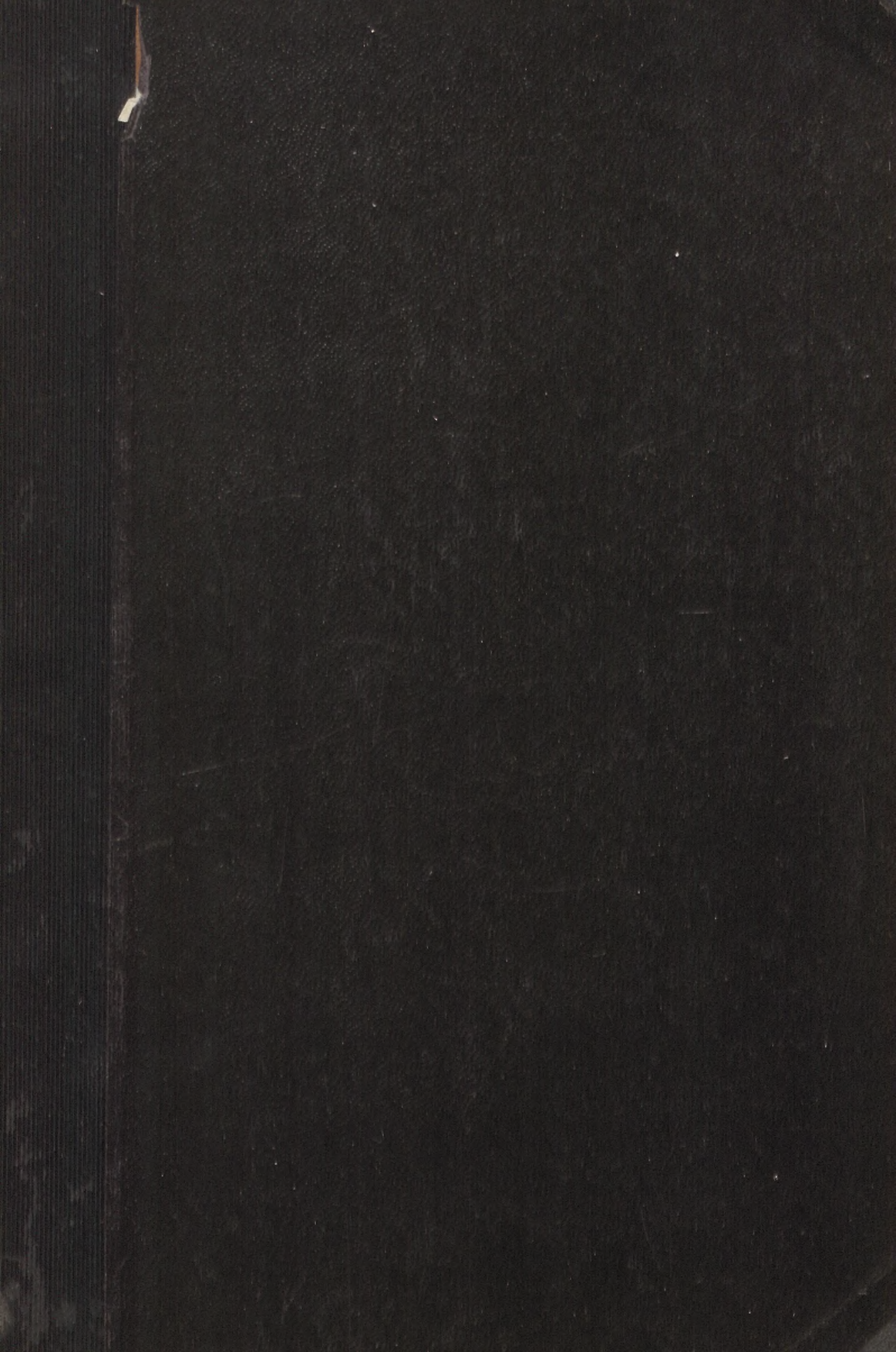
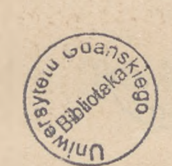


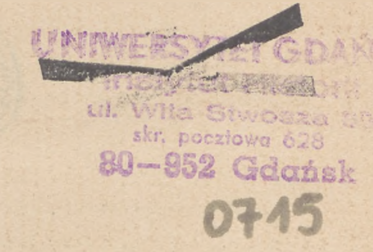


Was wird aus Polen?

Von

Friedrich Naumann

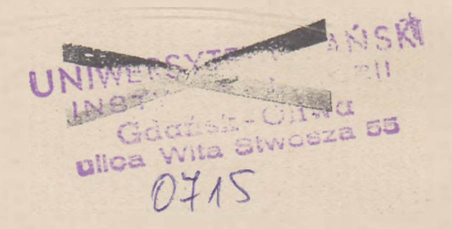






Berlin 1917
Druck und Verlag von Georg Reimer

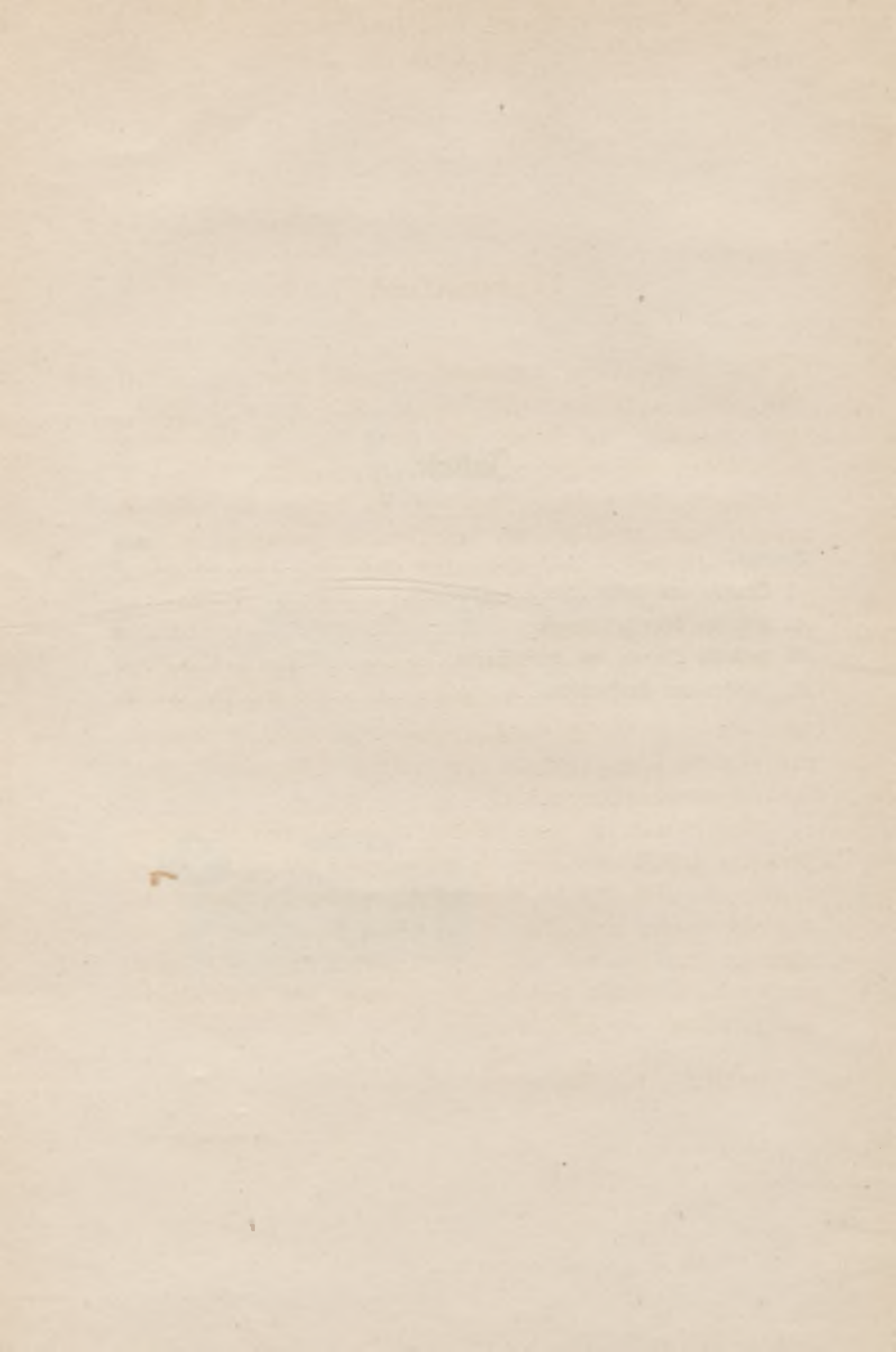

Uniwersytetu Gdań
Biblioteka


Gdańsk - Oliwa
ulica Wita Stwosza 55
0715


Biblioteka
Uniwersytetu Gdańskiego
1100807067

Inhalt.

	Seite
Vorwort	V
I. Deutsche und Polen	1
II. Polnische Wirtschaftsfragen	18
III. Polnische Staats- und Heeresfragen	30
IV. Zwischen den Großmächten	46



Vorbemerkung.

Die nachfolgenden Tagebuchblätter sind schon im Monat März geschrieben worden, am 23. März wurde die Niederschrift beendet! Es haben sich aber ihrer Veröffentlichung bisher äußere und innere Hemmnisse entgegengestellt. Dadurch ist es gekommen, daß in einigen Richtungen die Sachlage sich um etwas verändert hat, und zwar ist die hauptsächlichste Änderung, die Übergabe der polnischen Legion an den Generalgouverneur von Warschau, ein erfreulicher Vorgang, der Aussicht auf allmähliche Verminderung der Schwierigkeiten eröffnet.

Als ich mir die Frage vorlegte, ob ich die Folgen dieser und einiger anderer Vorgänge nachträglich in das Tagebuch hineinarbeiten sollte, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß dieses untunlich sei, weil auch der heutige Zustand noch in keiner Weise als ein Endergebnis angesehen werden kann.

Alles ist noch im Fluß! Wenn ich darum über verschiedene Probleme, insbesondere über die Grenzen des kommenden Polenstaates, aber auch über die Gemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hinsichtlich der polnischen Frage, fast ganz geschwiegen oder nur mit Zurückhaltung und Vorsicht mich ausgesprochen habe, so wird das von jedem Kenner der gegenwärtigen Lage verstanden und gebilligt werden.

Berlin, Ende Mai 1917.

Fr. Naumann.

Am 4. August 1915 fiel Warschau in deutsche Hände. Man sieht hier, wenn man nicht sucht, nichts von den äußeren Spuren des Kampfes. Das Stadtbild im Ganzen ist noch dasselbe wie in russischen Zeiten. Mir tut es sehr leid, Warschau nicht vor dem Kriege kennen gelernt zu haben, auch ein Zeichen unserer allzusehr bloß westwärts gerichteten früheren Interessen. Selbstverständlich kann ich von dem ganzen Inhalt der Millionenstadt nur langsam eine Ahnung bekommen, so viel aber liegt offen zu Tage, daß der russische Charakter nur an einigen Stellen, besonders in kirchlichen Bauwerken, sich deutlich macht, daß aber für die künstlerische Gestaltung der Stadt die sächsische Periode im 18. Jahrhundert wohl wichtiger gewesen ist als die russische im 19. Jahrhundert. Wird es nun eine eigene polnische Gestaltung im 20. Jahrhundert geben? Das ist ein Teil der Frage, die hier die Menschen beschäftigt.

Ich versuche, mir aus dem äußeren Eindruck der Stadt mit Hinzunahme von Gelesenem und Erzähltem eine Vorstellung ihrer bisherigen geschichtlichen Art zu machen. Sie besitzt Naturanlage zur Größe, hat aber ihren Tag noch nicht gefunden. Man braucht sie nur in Gedanken mit Budapest zu vergleichen, um sich vorstellen zu können, welche Aufgaben in dieser Stadt eine eigene Regierung noch vor sich hat. Nicht als ob etwa jetzt die Merkmale der Wohlhabenheit, des Aufstieges und des gewerblichen Fleißes fehlten! Sie sind trotz des Krieges sichtbar genug, aber noch lebt hier viele ungeformte Masse, es fehlt der emporhebende eigene Wille, der Veraltetes beseitigt und große neue Linien zieht. In gewissem Sinne mag das einstige alte Berlin diesem alten Warschau geglichen haben. Wenn Warschau einmal in der Zukunft einen König besitzt, und wenn dieser König ein Aufbauer ist, der mit dem Volke zusammen einen starken, glänzenden Mittelpunkt zu schaffen versteht, dann trägt das weite aufsteigende Land Polen seine Schätze und Kräfte hierher, um von hier aus mit Glanz, Einheitsgeist und Arbeitsaufträgen gefüllt zu werden. Die Sache liegt offenbar nicht so, als ob die Russenzeit eine Art großer Ruine hinterlassen hätte; sie hinterließ eine starke, bisher gehemmte und zurückgedrängte Möglichkeit der nationalen Entfaltung. Warschau ist großes Halbfabrikat für eine künftige politische Zentrale.

* * *

Vom deutschen Standpunkt aus ist das Aufsteigen eines neuen polnischen Lebens dringend zu wünschen, denn nur ein erfolgreiches, tatenfrohes, fortschrittliches Polen wird eine dauernde, klare Grenze zwischen sich und Rußland ziehen. Die russische Zeit muß möglichst bald als „die vergangene Zeit“ erscheinen. Das, was ich schon so oft von unseren österreichischen, ungarischen und bulgarischen Bundesgenossen gesagt habe, daß ihr Wachsen und Gedeihen, ihre zukünftige wirtschaftliche und kulturelle Größe unser allereigenstes dringendes Interesse ist, wiederhole ich hier angesichts der polnischen Königsstadt: als ein Deutscher, der zuerst in aller Welt deutsch ist und sein will, nicht als Weltbürger und nicht als Freund, sondern als nationaler Deutscher wünsche ich dieser Stadt und dem hinter ihr lagernden Lande politisch-wirtschaftlichen Aufstieg.

Das aber paßt wenig zur bisherigen Praxis und muß darum noch etwas genauer begründet werden:

Die Zeit, in der sich Deutschland und Rußland über die Polen wie über ein Objekt verständigen konnten, ist vorbei, seit beide Mächte sich streiten. Die Auflösung der traditionellen Monarchenfreundschaft zwischen Berlin, Wien und Petersburg gibt den Polen viel mehr eigene Bewegung und macht ihren Willen zu einem politischen Faktor. Das hätte man sich bei uns aus logischen Gründen schon seit 1878 oder wenigstens seit 1890 sagen können, hat es aber im allgemeinen noch nicht getan. Für unsere deutsche Politik wäre es besser gewesen, wenn bei Aufhören des alten Dreikaiserbündnisses sofort eine entsprechende Umstellung in der Polenfrage vorgenommen worden wäre. Bismarck tat es nicht, weil er die russische Hand noch immer gern festhalten wollte, und seine Nachfolger taten es auch nicht, weil — sie oft nur Dinge bearbeiteten, die sich von selbst ihnen aufdrängten. Auch war in politisch wichtigen deutschen Kreisen bis vor dem Krieg eine gewisse deutsch-russische Gemeinschaftsidee noch nicht völlig erloschen. Nun aber haben sich die Nebel verzogen, und man sieht den Aufmarsch der Gegenwart und Zukunft: einen langen, harten, unglaublich gewaltigen Kampf zwischen Osteuropa und Mitteleuropa. Dieser Kampf kann in der Zukunft zeitweise vielleicht durch Friedensschlüsse und Verträge gemildert und unterbrochen werden, aber solche wünschenswerten Zeiten werden leider nach aller menschlichen Voraussicht doch nichts anderes bleiben als Erholungspausen. Sicherlich wird kein deutscher

Staatsmann von jetzt an seine Zukunftsrechnung auf Petersburger Freundschaft zu gründen in der Lage sein. Das aber heißt: der gegenwärtige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und der Generalgouverneur v. Beseler vertreten mit ihren polnischen Bestrebungen eine deutsche Notwendigkeit. Ihre Polenpolitik ist bei jetziger europäischer Lage die deutsche nationale Politik im Osten.

* * *

Den Polen selbst ist die innere Notwendigkeit der Umänderung der deutschen Politik gegenüber Polen im allgemeinen noch nicht aufgegangen, sie halten vielfach die gegenwärtige Wendung nur für ein Zwischenspiel oder ein Kriegsmanöver. So vorsichtig und schonend sie auch aus naheliegenden Gründen darüber sprechen, so ist offenbar außerhalb des Kreises der eigentlichen aktivistischen Politiker ein beträchtliches Mißtrauen vorhanden. Dieses Mißtrauen, das sich als „Passivismus" äußert, braucht gar keine russophilen Züge an sich zu tragen, es kann in ihm sogar ein gewisses Maß von Freundschaft für deutsche Technik oder Kultur verborgen liegen, es ist oft seinem Wesen nach nicht Gegensatz, sondern nur Unglaube. Man traut dem Deutschen nicht zu, daß er es mit der Proklamation des polnischen Staates ernst meint, ein Zweifel, der von deutscher Seite oft gewaltig übel genommen wird, für den aber geschichtliche und menschliche Erklärungen vorhanden sind.

Es scheint mir nötig, über diesen Punkt offen zu reden, weil hier nur durch Offenheit beiderseits etwas mehr Verständnis gewonnen werden kann.

Was der Pole, soviel ich sehe, dem Deutschen nicht zutraut, ist eine Politik der internationalen Großherzigkeit (Generosität), die nur um der Idee der Freiheit und der Nationalität willen ihm freiwillig und ohne eigene Interessen einen eigenen Staat schenkt. Darin hat er auch in der Hauptsache recht, und niemand von uns hat behauptet, daß wir inmitten der unglaublichsten Anspannungen aller unserer Kräfte deutsches Blut vergießen, damit die Polen ohne eigene Opfer ihren Staat geschenkt bekommen. Das würde unser deutsches Volk nicht verstehen, und wenn eine andere Nation je behaupten wollte,

eine ähnliche übermenschliche Generosität zu üben, so würden wir es nicht glauben. Hier aber beginnt schon die Trennung der Ansichten, denn der Pole glaubt an derartige Möglichkeiten. Er hat von der Politik vielfach romantische und idealistische Vorstellungen, nach denen er die Gegenwartserscheinungen beurteilt. Er hat sich literarisch in eine tragische Rolle hineingelebt, als sei ihm gegenüber wegen seiner großen vergangenen Leiden nun die Welt zu einer ganz besonderen moralischen Leistung verpflichtet.

Es war eines Tages, daß ich aus polnischem Munde eine Ansprache darüber hörte, welche Verpflichtungen die europäischen Völker im ganzen und Deutschland im besonderen gegenüber dem Märtyrervolke der Neuzeit haben. Ich stellte die Gegenfrage, ob es sicher sei, daß im umgekehrten Falle, wenn nämlich die deutsche Freiheitsbewegung mißlungen wäre, unser zertretenes deutsches Volk von den Polen aus Generosität gerettet worden wäre? Dieser Fall war nicht so undenkbar, wie er heute aussieht, sobald man nur etwa annimmt, daß Friedrich II. von Preußen im Siebenjährigen Kriege unterging. Dann konnte die Verteilung der Kräfte anders liegen; was würde dann Polen getan haben?

Da es nun aber der Pole war und nicht der Deutsche, der in der von Osten und Westen kommenden Zusammenpressung Mitteleuropas zuerst zerbrach, so mußte er die Gefühle des Bedrückten bekommen, nämlich auf der einen Seite die des Revolutionärs und auf der andern die des Moralisten. Entweder wollte er selbst einmal die Kellertüren aufbrechen, oder der Befreier sollte sie ihm mit Glanz und Glorie öffnen. Das letztere haben nun die Deutschen und Österreicher nicht so getan. Sie kamen ohne Sentimentalitäten, kriegshart und rauh, betrachteten ihn zunächst als einen Vertreter der russischen Kriegsmacht und als Gegenstand der Okkupation. Ein solches Vorspiel der Befreiung widersprach jedem Traum des Gebundenen, und es ist psychologisch nicht verwunderlich, daß der Pole sagt: so sieht der Befreier nicht aus, so nicht!

Weil nun also der Befreiungstraum hart gestört wurde, so glaubt im Durchschnitt der Pole bis heute überhaupt nicht an den ehrlichen Willen der Deutschen, ihm eine staatliche Selbständigkeit geben zu wollen. Die bloße Versicherung, es sei dennoch sehr ernst gemeint, wird auch wenig Eindruck machen, bis die Polen begreifen, daß die

Deutschen aus ihren eigenen Interessen heraus notwendig ein starkes selbständiges Polen wünschen und erstreben müssen.

Wie aber soll der Pole das begreifen, wo es doch sehr viele Deutsche noch nicht begriffen haben?

* *
*

Man kann hier von deutschen Soldaten aller Grade recht kräftige Äußerungen über die Undankbarkeit der Polen hören, die sich des großen Entgegenkommens der zwei mitteleuropäischen Kaiser nicht würdig erwiesen haben. Dabei wird gewöhnlich hinzugefügt, daß man zwar in der Politik eine dauernde Dankbarkeit überhaupt nicht erwarte, daß aber wenigstens zurzeit das Echo auf die Proklamation vom 5. November 1916 ein anderes hätte sein müssen.

In dieser deutschen Kritik des polnischen Verhaltens ist Richtiges und Unrichtiges gemischt. Richtig ist sachlich, daß es für das Gelingen des staatlichen Aufrichtungswerkes viel besser wäre, wenn in den Polen ein starker politischer Instinkt sofort für volles Ergreifen des deutsch-österreichischen Angebotes hervorgetreten wäre. Ein geschichtlich klar empfindendes Polen mußte alle anders gefärbten Erwartungen und Wünsche zunächst beiseite schieben und möglichst einmütig und deutlich sagen: Wir erfassen die Zeitlage und sind bereit, mit allen Kräften den Versuch zu machen! Einzelne hervorragende Männer haben das getan, und wenn einmal alles zu einem guten Ende geführt sein wird, wird man diese Männer, die Aktivisten des Staatsrates, als Retter des Vaterlandes ansehen. Daß man sie so wenig unterstützte und ihnen ihr Wagnis heimlich und öffentlich erschwerte, war ein objektiver Fehler, der sich vielleicht schwer rächen wird.

Unrichtig aber an der deutschen Kritik ist, daß sie von einem Volke, das bisher nur eine Politik des Protestes kennen konnte, mit einem Male einen fast übermenschlichen Wirklichkeitssinn erwartet und verlangt. Diejenige entgegenkommende Stimmung, die von den Polen gefordert wird, kann nur Folge vertieften Nachdenkens und starker geschichtlicher Bildung sein. Woher aber soll diese gerade in Polen kommen, das aus russischen Händen hervorgeht und vom Deutschtum nur diejenigen Vorstellungen haben kann, die ihm von den Zeitungen der russischen Zeit, von den Klagen der preußischen

Polen und von den Eindrücken der militärischen Okkupation beigebracht wurden?

Auch muß man hinzunehmen, daß zwar beim deutschen Heere der Glaube an den deutschen Sieg etwas Selbstverständliches und über allen Zweifel Erhabenes ist, daß aber die Polen nach ihrer Erziehung und früheren Lebenserfahrung sich diesen Glauben nur schrittweise und mit allerlei Vorbehalten erwerben. Für sie ist der Krieg noch in der Schwebe, die wirkliche Entscheidung ist noch nicht gefallen, und infolge davon entbehrt ihr politisches Handeln der gesicherten Grundlage. Sie denken oder dachten, es könne mit Warschau umgekehrt ebenso gehen wie mit Lemberg, das aus einer militärischen Hand in die andere glitt. Soll man nun, so fragen sie, sich auf Gedeih und Verderb mit einer Macht verbinden, die möglicherweise um eines Friedensschlusses willen Polen doch wieder aufgeben muß?

Diese Bedenken sind, wie ich wiederhole, sachlich falsch, aber sie sind verständlich. Sachlich sind sie falsch, weil der neue Staat auf keinen Fall durch Abwarten und Unentschiedenheit entsteht. Wie einst die Revolution ein Wagnis war, so ist es heute der Bund mit den Mittelmächten, aber gewagt muß werden. Einmal nach hundert Jahren bietet der Weltgeschichtsgang den Polen die Möglichkeit, einen eigenen Schritt zu tun. Natürlich ist diese Möglichkeit nicht hypothekarisch sicher, natürlich ist sie mit Zweifeln und peinlichen Empfindungen umhangen, aber wer sie vorübergehen läßt, der unterläßt eine vaterländische Tat. Mit seinem Zweifel erhöht er die Zweifelhaftigkeit der Sache. Das ist es, was der einfache deutsche Soldat im Grunde richtig herausfühlt.

* * *

Im allgemeinen höre ich überhaupt von den Gliedern der deutschen Armee und Verwaltung nicht übermäßig viel Gutes von den Polen. Das beruht zuallererst auf Gegenseitigkeit, dann ist es unvermeidliche Okkupationsfolge, aber es kommt doch noch einiges Weitere hinzu.

Der deutsche Soldat sagt sich, daß er nach der Proklamation der zwei Kaiser für die Aufrichtung des Staates Polen an die Front geht. Solange er denkt, daß Polen entweder zur Erhöhung der mili-

tärischen Sicherheit annektiert oder für andere Entschädigungen an Rußland zurückgegeben wird, solange ist ihm nach einfacher Soldatenlogik die Sache klar. Wenn aber Polen, wie er jetzt argwöhnt, nicht zu deutschem Nutzen verwendet, sondern den Polen ohne Gegenleistung geschenkt werden soll, dann fragt er sich: Welchen Grund sollte ich haben, mich zugunsten der Polen dem Tode auszusetzen? Diese Art der Fragstellung ist falsch, denn sie übersieht das deutsche eigene Interesse an der Herstellung des neuen Staates, aber immerhin der deutsche Soldat fühlt sich als den, der die Opfer bringt, während ein großer Teil der waffenfähigen polnischen Jugend zu Hause sitzt.

Die Tatsache, daß sich zur polnischen Armee so wenig Freiwillige gemeldet haben, ruft bei den kämpfenden Truppen geradezu Verachtung hervor. Die Deutschen sind sich ihrer eigenen blutigen Leistungen bewußt und begreifen nicht, wie eine Nation, die den Anspruch auf eigenes Staatsleben erhebt, so tatenlos zusehen kann, wenn andere für sie kämpfen. Dabei erscheint dem deutschen Soldaten alles das als bloße Ausflucht, was der Pole vorbringt, um seine militärische Untätigkeit zu verteidigen. Ob der Eid so oder so lautet, ob die Aufforderung zum Eintritt ins Heer vom Staatsrat ausgeht oder nicht, das mag theoretisch wichtig sein, jetzt aber ist keine Zeit für Theorien: wo steht die polnische Armee?

Es waren einige deutsche feldgraue Familienväter, die etwa folgendes zu mir sagten: Zu Hause haben unsere Frauen und Kinder keine Butter und fast kein Fleisch, hier aber füttert sich die Gesellschaft noch wie im Frieden! Daran ist etwas Wahres, wenn man an den zahlungsfähigen Teil des polnischen Volkes denkt. Der ärmste Teil des Volkes hungert in Polen stärker als bei uns, weil hier eine geregelte Kartenversorgung nicht fertiggebracht werden kann, aber alle Schaufenster liegen noch voll Herrlichkeiten, die man in Deutschland vergeblich sucht. Durch die Straßen mit diesen Schaufenstern marschiert der Feldgraue nach Osten, um dort am polnisch-russischen Schützengraben zu stehen.

* *
*

Auf der Eisenbahn zwischen Lodz, Lowicz und Warschau fahre ich mit einer blonden Großgutsbesitzersdame, die über ihre Kriegs-

erlebnisse spricht: „Als der Krieg einbrach, hatten wir 87 Kühe, ich aber konnte nur eine halbe Tasse Milch für mein kleines Kind auftreiben, weil bei uns die Kosaken lagen und das Vieh für sich verwendeten; das Gut meines Bruders ist ganz niedergelegt, dort sind die Ruinen! Nun nehmen uns die Deutschen jetzt fast die letzten Pferde weg; womit soll der Acker bestellt werden? Es ist hier ein so gutes, fruchtbares Land, aber man wird zehn Jahre arbeiten müssen, ehe man wieder in Ordnung kommt." Wir sahen zusammen bald auf dieser, bald auf jener Seite der Bahn Haufen von Stacheldraht oder kahle Mauern. Dabei ist kein unvorsichtiges Wort über die Deutschen gesprochen worden, aber es hieß: „Wie es nun hier politisch gemacht wird, ist alles ganz gleichgültig, wenn nur der Krieg nicht wieder zu uns kommt."

Ich sprach mit einem alten Deutschen, der russischer Staatsbürger war oder ist. Er erzählte von seinen eigenen Erlebnissen, wie er bei Kriegsanfang ins Innere des Reiches verschickt wurde, seinen Handkoffer schleppend, in bleiverschlossenem Wagen transportiert, wie er dann heimkehrte, um gerade die Entscheidungskämpfe zu erleben: ein Sohn ist gestorben und der andere dient bei den Russen. Diesen Mann treffen nun in seinem Betriebe die deutschen Requisitionen. Ist es ein Wunder, wenn er mürbe geworden ist: mag es werden, wie es will!

In Lodz habe ich leerstehende Fabriken gesehen. Das gibt es vereinzelt auch in Deutschland, aber wohl kein Ort bietet so sehr das Bild der Stillegung wie diese Halbmillionenstadt. Es wirkt hier die Erstarrung fast wie im Hamburger Hafen. Dabei ist es schwieriger, die Mittel für Armenfürsorge zu beschaffen. Aus sozialistischem Munde hörte ich Anerkennung dessen, was die besseren Fabrikanten im ersten Jahre und teilweise noch heute zugunsten ihrer Arbeiter getan haben. Von deutscher Seite erfuhr ich, welche Anstrengungen die deutsch geleitete Stadtverwaltung macht. Im Grunde bleibt ein Gesamteindruck von Mattigkeit, wie wenn ein Körper langsam ins Sterben hineingerät: mag werden, was will!

Die polnischen Bauerndörfer habe ich selber nur von der Eisenbahn aus gesehen, aber ich habe mir von ihnen erzählen lassen. Der Bauer versteckt seine Erzeugnisse, erlebt, daß sie ihm daraufhin weggenommen werden, hat kein Saatgut mehr und versäuft in stumpfer

Verzweiflung den Erlös dessen, was er regelrecht zu guten Preisen verkauft. Seine Wirtschaftslage ist im ganzen nicht schlecht, wenn er sich den Verhältnissen anpaßt, aber gerade das gelingt ihm nicht immer, denn er ist für den Beschlagnahmungsdienst noch weniger vorbereitet als der deutsche Bauer. Jedenfalls hat auch er keinen andern Gedanken, als daß der Krieg aufhören soll.

. . . . Ist es bei uns zu Hause nicht ähnlich? Auch wir haben ostpreußische Zerstörungen, sächsisch-thüringische Industriestockungen, ein Übermaß von Verordnungen und vieles, vieles andere. Ja, aber wir haben innerlich etwas anderes: die Klarheit unseres nationalen und staatlichen Kampfes. Hinter uns steht ein zwingendes, großes Pflichtgefühl. Das aber fehlt den Polen. Sie machen den Krieg als die Objekte durch, als die Leidenden, und daher werden sie „passivistisch", das heißt willenlos. Von dieser Stimmung ist jeder umflogen, und wer nicht starke eigene Energien besitzt, bleibt in ihr hängen.

* * *

Die Frage, wer am Kriege eigentlich schuld ist, kann natürlich in Polen nicht besser beurteilt werden als bei uns, aber wir vergessen leicht, daß alle diese Polen den Kriegsanfang auf russisch erlebt haben. Sie haben ihre Nachrichten damals aus Petersburg bezogen. Das läßt sich nachträglich mit deutschen Zeitungen nicht mehr aus der Welt schaffen. Man wagt vielleicht heute kein Urteil mehr, aber gewisse Reste vom August 1914 sind selbstverständlich noch vorhanden. Die erste Schicht polnischer Söhne nahm Abschied, um ins russische Heer zu gehen. Viele von ihnen sind heute noch dort. Ein Teil des Herzens bleibt bei diesen Söhnen.

Ob der Pole den Russen je geliebt hat, mag ebenso zweifelhaft sein, wie, ob er den Deutschen liebte, aber Rußland war für ihn mit allen seinen Schwächen, Härten und Weiten eine alte Gewohnheit. Er verkaufte in der Hauptsache nach Rußland, besaß zwar französisches Zivilrecht, aber russisches Strafrecht, dachte in russischen Geldwerten, war eingeübt auf die Behandlung der russischen Bürokratie. Dabei verdiente er gerade in den ersten Kriegsmonaten ungeheuer viel russisches Geld. In Warschau wird mir erzählt, wie die russischen Offiziere hier bis August 1915 den Rubel haben tanzen lassen. Es war noch

mitten im Krieg ein beständiger Rausch. Dann aber erschien der Deutsche und blieb sparsam, besah jedes Geldstück, ehe er es ausgab, ließ Preise von der Militärverwaltung machen, ordnete hundert Dinge mit Vorschriften, besserte das Wasser, die Hygiene, den Straßenverkehr, säuberte den Straßenhandel, machte Warschau nüchtern, alltäglich und trocken. Von da an begann die Phantasie die vergangenen Tage zu verklären.

Der Russe entschwand den Blicken, und der Deutsche blieb da. Von da an erschien er als die Verkörperung des Krieges. Alle Friedenssehnsucht faßte sich in die Worte zusammen: Wenn sie uns nur allein lassen wollten! Daß das ein unmöglicher Wunsch war, begriff zwar der Verstand, aber der Verstand ist immer nur ein Teil des Menschen. Das Unterbewußtsein wurde antideutsch, wenn es nicht schon vorher dieselbe Richtung gehabt hatte. Selbst bei Männern und Frauen deutschen Ursprungs stellten sich derartige Verschiebungen ein.

* * *

Die Deutschen konnten überhaupt nicht als milde Wohltäter auftreten, denn sie kamen von der blutigen Straße des Krieges und mußten zuerst ihr eigenes Leben mit Zwang versorgen. Polen wurde Okkupationsgebiet. Was das heißt, ist dem heutigen Menschengeschlecht erst durch die Praxis des Weltkrieges deutlich geworden, denn seit dem Dreißigjährigen Kriege haben die besetzten Länder nicht so viel hergeben müssen wie jetzt. Der englische Abschließungskrieg hat unsere Heeresverwaltungen gezwungen, die Privatwirtschaft sowohl des eigenen Landes wie besonders auch der okkupierten Gebiete unter den Druck von Lieferungsvorschriften zu setzen, den vorher wohl niemand erwartet hat. Das war und ist keine Willkür, aber es wirkt trotzdem wie eine Härte. Das liegt in der Massenhaftigkeit der Heere und ihrer täglichen gewaltigen Bedürfnisse. Sicherlich ist die deutsche Art des Eintreibens der notwendigen Vorräte eine bessere und gerechtere als etwa die Methode der Russen in den von ihnen besetzten Teilen Galiziens, aber gerade das Methodische und Ausgedachte des deutschen Verfahrens erscheint einem Volke unheimlich, das dieselbe Sache ohne Zweifel nicht milder, aber weniger systematisch betreiben würde, wenn

es in dieselbe Lage käme. Es ist so etwas Ernsthaftes und Unentrinnbares in der deutschen Okkupation!

Bei mir ist eine Frau, welche klagt, daß sie bei der behördlich vorgeschriebenen Bestandsaufnahme falsche Angaben gemacht hat und nun darunter schwer zu leiden hat. Der Fall ist ganz klar. Sie aber sagt: „Und ich war doch nur eine Frau!" Sie hat nicht geglaubt, daß es keine Umwege gibt. Wie viel Ähnliches mag vorgekommen sein!

Ob es später nicht doch gelegentlich Umwege gegeben hat, mag unerörtert bleiben. Es ist schwierig, das deutsche System bei einer Bevölkerung aufrechtzuerhalten, die seit langen Jahren gewöhnt ist, daß jedes Haus zwei Türen hat. Unsere Verwaltung ist streng bemüht, unsere deutsche heimische Art im Kriege durchzuführen, und kann es dabei gar nicht vermeiden, sehr viele menschlich begreifliche Wünsche rundweg abzulehnen.

* * *

Die deutsche Okkupationsverwaltung fand eine höchst interessante und seltene Aufgabe vor, denn die russische Verwaltung war abgezogen, und eine eigene polnische Verwaltung war nicht vorhanden. Zwar machten nach Besetzung von Warschau die Polen sofort einen Versuch, Justiz und Schule von sich aus zu leiten, aber einesteils waren, wie mir gesagt wird, die Kräfte unzureichend, und dann war damals die Idee der polnischen Selbstverwaltung kaum von deutscher Seite anerkannt, denn der Wille der Aufrichtung des polnischen Staates erwuchs erst später. Es ist auch in der Tat schwer möglich, einzelne Teile der öffentlichen Verwaltung aus dem Gesamtplan der Finanzen und politischen Oberleitung herauszulösen. Die deutsche Verwaltung fing mit Hingabe und Treue an, eine provisorische Regierung ins Werk zu setzen. Dabei hatte sie einen Beamtenkörper von buntester Zusammensetzung, voll von Talenten aus allerlei heimischen Berufen, aber ohne eigentliche gemeinsame Amtsgewohnheit. Ich habe wiederholt an der Mittagstafel sitzen dürfen, an der sich unter Leitung des Verwaltungschefs Dr. v. Kries die Warschauer Zentralverwaltung sammelte. Hier ist offenbar eine Fülle guten, intelligenten Willens vorhanden, eine lange Reihe von Männern, die gar nicht anders können, als die Arbeit ehrlich und gründlich zu tun, zu

der sie berufen sind. Diese Verwaltungsgemeinschaft hat ein inneres Recht, ein gutes Gewissen zu besitzen, und ich wünschte nur, man könnte es den Polen im allgemeinen zum Bewußtsein bringen, welche Kräfte sich hier zur Verfügung stellen. Einzelne Polen ahnen etwas von der hier schaffenden Kraft, viele aber sehen offenbar nur die Außenseite: es wird viel geschrieben und verordnet, was bei aller sachlichen Tüchtigkeit Fremdsprache bleibt. Ich persönlich zweifle gar nicht, daß in späterer Zeit viele Anfänge guter Entwicklungen in Polen auf die deutsche Kriegsverwaltung zurückdatiert werden, zunächst aber ist das Neue noch nicht allgemein anerkannt, und es wird wohl notgedrungen auch experimentiert. Von polnischer Seite sind mir allerlei Verordnungen vorgelesen worden, die sich gegenseitig aufzuheben scheinen. Ich habe geantwortet, daß das im Kriege bei uns zu Hause nicht anders ist, weil der Krieg selbst eine täglich neue Überraschung ist. Wir lernen ihn kennen, indem wir ihn erleben. Auch kann man jetzt nicht so viel untersuchen und parlamentieren wie im Frieden. Öfters habe ich an die napoleonischen Verwaltungen denken müssen, die es zwischen 1806 und 1813 in Deutschland gegeben hat. Auch von ihnen ist besonders in Mittel- und Westdeutschland vielerlei Nützliches übrig geblieben, und doch konnten sie beim besten Willen dem Volke das nicht werden, was selbst eine weniger gute eigene Verwaltung ist.

*　*　*

Generalgouverneur Dr. v. Beseler ist der Hauptträger des Gedankens, aus einer Okkupation eine Bundesgenossenschaft zu machen. Er kam als Soldat und wurde zeitweiliger Landesvater. Das zufallsreiche Kriegsgeschick brachte ihn an eine der wichtigsten und schwierigsten Stellen Europas, und sowohl Deutsche wie Polen sind einmütig der Meinung, daß er für diese Aufgabe die erforderlichen zahlreichen Eigenschaften in bewundernswert hohem Grade besitzt. Das will nicht besagen, daß man nicht in beiden Lagern auch am Werke des Generalgouverneurs Kritik hören könne, aber wer wie ich in der Lage war, das Geflüster beider Seiten zu hören, kann befriedigt feststellen, daß die Vorwürfe sich gegenseitig aufzuheben pflegen. Wenn die Polen sagen, er lasse der deutschen Härte einen viel zu unerträglichen Spielraum, wird beim deutschen Abendgespräch ausgeführt,

er sei ein vortrefflicher Mann, aber viel zu weich, um diesem Volke zu imponieren, das eine napoleonische Hand brauche. Bei dieser letzteren Rede mache ich übrigens die private Nebenbemerkung, daß Napoleon in Wirklichkeit weit biegsamer und gelenkiger war als diejenigen meinen, die ihn nur ganz aus der Ferne als Schlachtengott kennen. Auch Bismarck konnte sich mehr in fremder Menschen Geist und Art versenken, als ihm die zutrauen, die nur die Monumentalstatue vor sich sehen und täglich von Blut und Eisen reden. Erst die weitere Geschichte wird über das Werk v. Beselers urteilen. Vorläufig ist er ein Schaffender, den noch Kritik und Wagnis umgeben. Vom kleinen, netten Schlosse Belvedere aus blickt er philosophisch und gestaltend auf das Land an der Weichsel und läßt die Fülle der Probleme an sich vorüberziehen.

Wenn ein souveräner König in Art Friedrichs II. diese polnische Aufgabe zu übernehmen hätte, so würde sie in ihrem eigenen sachlichen Inhalt nicht kleiner sein, als sie es von Natur ist, aber der König würde wenigstens als politischer Künstler sein eigener Herr sein. Das kann Beseler nicht. Wir werden noch später von der Verwickeltheit des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses reden, weisen aber auch kurz darauf hin, daß die deutsche Reichsverfassung derartige hochpolitische Außentätigkeiten nicht durchaus erleichtert. Polen liegt zu nahe an Preußen, um wie eine Kolonie für sich allein behandelt zu werden. Dazu tritt das Heer von Kompetenzfragen, von denen jede Kriegsregierung wimmelt. Es ist wohl möglich, daß Beseler sagt, ein Heer zu führen sei leichter als unter solchen Bedingungen zu regieren. Da er aber den Glauben an seine große historische Aufgabe hat und weiß, daß die Vorsehung ihn an diesen verantwortungsreichen Platz gestellt hat, wird er den Zweifeln und Reibungen ruhigen, fröhlichen Trotz entgegensetzen und abwarten, ob nicht der Gang der Dinge von selber ihm hundertfach zuhilfe kommt, denn Schaffen heißt nichts anderes als dem zu dienen, was von selber emportauchen will.

* * *

Ob die Beselersche Idee eine *historische* Idee in diesem Sinne ist?

Wir haben schon vorhin gesagt, daß vom deutschen nationalen

Gesichtspunkt aus die Aufrichtung eines lebensfähigen polnischen Staates gegenüber Rußland eine politische Notwendigkeit (ein Postulat) ist, ein Ziel, das wir aus deutschen Machtgründen wünschen müssen. Damit ist ohne weiteres die vaterländische Rechtfertigung des Beselerschen Zieles ausgesprochen, aber noch nichts Endgültiges über das Gelingen des Versuches festgestellt. Es gibt nicht wenige Deutsche hier, die zu mir etwa sagen: Es würde vortrefflich sein, wenn das Ziel erreicht würde, aber wir zweifeln daran, denn der Pole will nicht! Er wird nicht auf Gründe hören und wird gegensätzlich bleiben! Es ist eine historische Unmöglichkeit, Deutsche und Polen zusammenzubinden!

Für diese zweifelnde Beurteilung wird folgendes angeführt: Wir sind den Polen weit entgegengekommen und haben ihre Wünsche schrittweise erfüllt. Erst verlangten sie, daß wir ihnen überhaupt nur sagen sollten, welche Absichten wir mit ihnen hätten. Das ist durch die Zweikaiserproklamation im vollsten Sinne geschehen. Hat es genützt? Dann hieß es: Wir wollen die Legion in Warschau haben. Inzwischen ist Brigadier Pilsudski hier erschienen, der volkstümliche Soldat ist da. Hat es etwas geholfen? So wird es weitergehen: wir bieten ihnen ein Stück nach dem andern, und ihre Unzufriedenheit wächst nur mit dem Entgegenkommen. Man sollte sie, so heißt es, ruhig wieder zu Russen werden lassen, dann haben sie, was sie wollen!

Die Polen aber sagen: Was habt ihr uns denn eigentlich bis jetzt gegeben? Eine Proklamation, die ein Versprechen enthält, das an hundert Vorbedingungen geknüpft ist, einen Staatsrat, der eine gutachtliche Behörde ist und nichts in der Welt darstellt, eine Aufforderung, in die deutsche und österreichische Armee einzutreten, aber keinen Anfang des polnischen Heeres! Das alles habt ihr umkränzt mit fortdauernden Requisitionen und Zwangsverkäufen, die nicht den Anschein erwecken, als sei euch an unserer weiteren Lebensfähigkeit gelegen! Wie sollen wir glauben?

So klingt es von beiden Seiten, und ganz alte, welterfahrene Beurteiler schütteln den Kopf und sagen: Beseler ist ein sehr edler Mann, aber er hat etwas in die Hände genommen, das gar nicht wachsen kann und will, etwas Unhistorisches.

Ich habe in fast zwei Wochen genug dieser Art gehört und verschließe mich dem Eindruck solcher Gegenwartsstimmungen keines-

wegs, halte sie aber für sehr zeitgeschichtlich bedingt und sehe in ihnen nicht der Weisheit letzten Schluß. Es ist schon vieles möglich geworden, was vorher wie ein Wahn aussah. Nur muß man mit längeren Fristen rechnen und darf auf das, was man Stimmung nennt, kein allzu großes Gewicht legen. Die gemeinsame Zukunft von Polen und Deutschen auf Stimmung aufbauen zu wollen, ist Unsinn. Das ist ein Bau auf wehendem Sande. Alle Stimmungen aber werden nicht auf die Dauer die tatsächlichen Interessen verdecken können. Ich persönlich glaube, daß die tatsächlichen gemeinsamen Interessen vorhanden sind, und werde im nachfolgenden an verschiedenen Stellen auf sie hinweisen. Mit andern Worten: der Pole, der seine nationale Entwicklung richtig versteht, muß sie mit der deutschen und mitteleuropäischen Entwicklung verbinden wollen.

* * *

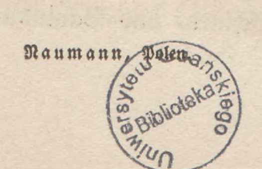
Es muß zugegeben werden, daß der Beselersche Gedanke etwas Neues ist. Einige wenige Köpfe mögen ihn vorher gedacht haben, aber als öffentliche Idee ist er neu. Dadurch, daß er von den zwei Kaisern als Programm aufgenommen wurde, gewann er an Wucht, immerhin aber braucht auch nach kaiserlichen Erlassen jeder weitgreifende Gedanke seine Wachstumszeit. Wenn nun also gegenwärtig jede von beiden Seiten der andern vorwirft, daß sie noch nicht auf der verkündigten Idee steht, so scheint mir schon darin eine gewisse indirekte Anerkennung des Zieles enthalten zu sein. Die Ungeduld ist gar kein schlechtes Zeichen.

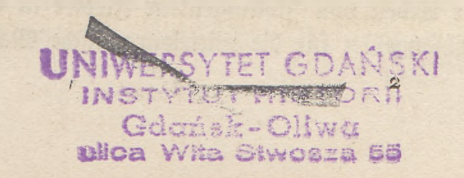
Wir wollen einmal annehmen, der Generalgouverneur wäre heute in der Lage, den Polen eine fertige Verfassung in die Hand zu legen, die ihnen alle nicht militärischen und außerpolitischen Staatsdinge überläßt. Ob das wirklich vorteilhaft für das Gelingen sein würde? Ich glaube es nicht. Mögen die Verzögerungen im Einzelfalle bedauerlich und selbst vielleicht zwecklos sein, so sind sie in ihrer Gesamtwirkung von großem erziehlichen Werte für das spätere Zusammenleben von Deutschen und Polen. Indem man sich abmüht und streitet, grollt und verständigt, lernt man überhaupt erst die gegenseitige Psychologie und Methode kennen, was nicht immer ganz erfreulich, aber sehr notwendig ist. Aber allerdings das

Verzögerungssystem darf nicht allzu lange dauern, denn von irgendeinem Zeitpunkte an wird die Enttäuschung zur Erkaltung und Interesselosigkeit. Man muß Fortschritte sehen können, und zwar auf beiden Seiten.

Sehr oft habe ich das Wort „polnische Psychologie“ gehört oder polnische Mentalität. Es geschah das bisweilen an Stellen, wo die einfache Logik zur Begründung nicht ausreichte. Damit soll gesagt werden, daß es ein besonderes polnisches Nationalbewußtsein gibt, das seine Eigentümlichkeiten und seinen Eigensinn besitzt. Dieses Bewußtsein ist scheu und stolz zugleich; scheu, weil es sich nicht ganz mit dem Verstande vortragen läßt, und stolz, weil der Pole an sich und seinen Genius glaubt. Dieser Glaube hat ihn bis an die Schwelle der neuen Staatsgründung gebracht, ihn will er festhalten mit beiden Händen. Von hier aus versteht sich vieles, was sehr ablehnend und doktrinär klingt. Der Pole hat in gewissem Sinne vor sich selber Angst, daß er zu nachgiebig und opportunistisch sein könnte und wird nun dadurch etwas steifer nach außen, als es seiner sonst verbindlichen und biegsamen Natur entspricht. Er will keinen ersten Schritt tun, will nicht von sich aus Pläne einreichen, will etwas gebeten sein; dann wird er gern sich zur Verständigung bringen lassen, aber er hält auf Form. Andrerseits hält der deutsche Offizier auch auf Form, aber auf eine andere, nämlich auf die beständige richtige Innehaltung der einmal vorhandenen dienstlichen Abhängigkeiten. So kommt es, daß beide bisweilen aneinander vorbeigehen und jeder denkt, daß der andere ihm eigentlich etwas zu sagen habe.

Das aber sind im Grunde Übergangsschwierigkeiten. Der Weg des amtlichen und persönlichen Verkehrs wird zwischen den verantwortlichen Personen immer gangbarer. Dabei ist es ein starkes, deutsches Interesse, daß wir nicht nur mit einer uns zugewendeten Partei verkehren lernen, sondern mit der Nation als solcher. Alle Parteien sind wandelbar, aber die Weltgeschichtslage Polens zwischen Rußland und Mitteleuropa bleibt, und aus ihr ergibt sich unsere Aufgabe.





II. Polnische Wirtschaftsfragen.

Lodz, im März 1917.

Etwas Ähnliches wie Lodz habe ich noch nicht gesehen, denn es ist das größte Industriedorf der alten Welt. An Einwohnerzahl steht es über den gleichartigen deutschen Plätzen wie Chemnitz, Elberfeld-Barmen, Krefeld; dabei aber ist es noch viel industrieller als sie, denn es besitzt sozusagen nichts als seine ungeheure Arbeit. Es ist, als ob man eins der langgestreckten sächsischen Industriedörfer nach allen Seiten immer weiter in flache Ebene hineingebaut hätte. Von alter Stadt- oder Herrschaftskultur ist keine Spur. Mir ist beständig die Berliner Redensart eingefallen: „Schön ist anders." Vielleicht ist es richtiger, von Amerikanismus zu reden. Noch sieht man die kleinen Häuser der ursprünglichen Hausindustrie zwischen den Riesenfabriken aller Textilzweige. In jenen kleinen Häusern, die teilweise auf das Jahrzehnt preußischer Herrschaft (1795—1806) zurückgehen, wohnten herangezogene fremde, meist deutsche Webermeister, und noch heute ist das deutsche Element sehr merkbar und höchst wichtig. Man kann drei Schichtungen unterscheiden: polonisierte Deutsche, russische Staatsbürger deutscher Nationalität und Reichsdeutsche. Die Zahl der letzteren wird auf 30 000 geschätzt. Dazu treten dann Juden aller Art: polonisierte, deutsche, nationale und orthodoxe Juden. Dazwischen leben Nationalpolen aller Grade vom Großunternehmer bis zum Hilfsarbeiter. Lodz ist ein internationaler Weltplatz auf polnischem Boden, und man fühlt sich in eine andere Luft versetzt, wenn man aus Warschau nach Lodz fährt.

Die Ideen der polnischen Staatlichkeit spielen, soviel ich sehe, in Lodz eine viel geringere Rolle als in Warschau, weil hier keine einheitliche nationale Tradition waltet und weil alles Denken wirtschaftlich gerichtet ist. Gerade deshalb aber ist es vielleicht richtig, von hier aus die Wirtschaftsfragen des neuen Staates zu erwägen. Es ist dabei nicht meine Absicht, Statistik und Einzeluntersuchung zu bieten, denn ich würde dabei doch nur wiedergeben können, was in verschiedenen Einzeluntersuchungen für Fachleute vorliegt, wie etwa in der Arbeit von Zivilingenieur Fiedler in Charlottenburg, „Polen als Absatzgebiet für die mitteleuropäische Maschinen- und Bauindu-

strie“ (1916). Im gegenwärtigen Zeitpunkt kommt es darauf an, daß in Deutschland erkannt wird, was die Gemeinschaft mit Lodz für uns bedeuten kann und was sie umgekehrt für Lodz wert sein wird, wenn sie gelingt.

Bisher ist Lodz keine polnische Industriestadt, sondern ein Platz für ganz Rußland. Es interessierte sich für die Kleidungsbedürfnisse der Polen nicht anders als für die aller russischen Völkerschaften. Obwohl in der Zeit zwischen 1815 und 1830 wesentlich von der damaligen relativ selbständigen polnischen Regierung befördert, war es nur locker an die polnischen Schicksale angebunden. Die Quantitäten seiner Erzeugung sind ungeheuer. Indem wir zu der Lodzer Textilindustrie sogleich die übrige Textilindustrie des Königreichs Polen hinzufügen, entnehmen wir der vorhin genannten Quelle, daß der Jahreswert der polnischen Produktion im Jahre 1910 auf 340 Millionen Rubel geschätzt wurde, wovon 28% in Polen blieben und 72% zur Ausfuhr nach Rußland kamen. Die Ziffer selbst ist nicht ganz unbestritten, aber sie gibt einen guten Anhalt zur Erfassung des industriellen Problems.

Ohne weiteres ist zuzugeben, daß die Abtrennung von Rußland für Lodz noch etwas anderes ist als ein nationalpolitischer Vorgang. Es ist Entfernung vom bisherigen unermeßlichen Markte. Wie soll sich das Schicksal von Lodz gestalten, wenn zwischen hier und Rußland ein hoher Grenzwall aufgerichtet wird?

Vielleicht empfiehlt es sich, eine theoretische Überlegung darüber anzustellen, welche Aussichten Lodz hätte, wenn es nach dem Kriege bei Rußland bliebe. Es würde dabei im Anfang stark verdienen, denn alles russische Volk hungert, wie überhaupt ganz Europa, nach dem Kriege nach neuer Wäsche und Kleidung. Später aber würden die Russen systematisch versuchen, ihre lebensnotwendigen Industrien ins tiefe Innere ihres Reiches zu verlegen nach Moskau, an die Wolga usw. Das könnte und würde wohl zum Teil von denselben Firmen bewerkstelligt werden, die bisher in Lodz führend waren, aber Lodz selbst würde nach der ersten Hochkonjunktur in den Hintergrund treten. Das ist nicht ganz sicher, aber immerhin sehr möglich.

Wie aber verläuft nun dieselbe Sache, wenn nach dem Kriege die Wirtschaftsgrenze irgendwo östlich von Warschau gezogen wird? Wahrscheinlich wird in den allerersten Jahren der Unterschied nicht

sehr groß sein, da Rußland zunächst unter allen Umständen Textilerzeugnisse braucht und ihnen notgedrungen die Türen öffnen wird; später aber wird der Prozeß der Industriegründung im Innenlande noch viel energischer betrieben werden. In welchem Maße auch in diesem Falle Lodzer Firmen beteiligt sein könnten, entzieht sich unserer Vermutung. Was macht dann Lodz mit seiner gewaltigen Arbeitskraft?

* * *

Heute zwar sieht es aus, als ob es Ironie sei, von einer gewaltigen Arbeitskraft zu reden, denn die Maschinen von Lodz leiden unter den Kupferrequisitionen der deutschen Militärrohstoffverwaltung. In Lodz wird fast allgemein geglaubt, daß es der Zweck dieser Kupferwegnahme ist, die industrielle Lebenskraft von Lodz zu zerbrechen. Dieser Glaube ist sachlich falsch, aber er ist erklärlich.

Ich habe verschiedene Industrieanlagen besichtigt, aus denen kupferne Wannen, Kessel, Röhren, Schlangen, Einsatzstücke, Teilapparate demontiert wurden. Dabei fehlte mir freilich die Vergleichsmöglichkeit, da ich nicht feststellen konnte, bis zu welchem Grade die Fabriken in Deutschland ähnlichen Prozeduren unterworfen sind. Es versteht sich von selbst, daß der Kriegsbedarf gedeckt werden muß, und daß im Zweifelsfalle ein okkupiertes Gebiet zeitiger Kupfer aus den Betrieben abzugeben hat als die für den Krieg arbeitende Heimat. Aber trotz aller dieser Vorbehalte bin ich mit einem Gefühl tiefer Ergriffenheit aus diesen Fabriksälen herausgegangen, denn selbst wenn das, was hier geschieht, notwendig ist, selbst dann ist es grausam. Jeder Mensch, der auch nur etwas Sinn für Maschinen hat, blickt auf ihre Reihen hier wie auf verwundete Tiere. Nun sollen sicher lieber die Maschinen verwundet werden als unsere Söhne und Brüder, aber ganz so steht die Frage sicherlich nicht, denn noch ist vieles Kupfer in Hausbedarf und Ausstattung vorhanden, das eher weggenommen werden soll als das Kupfer in den Maschinen. Man hat hier den Eindruck eines volkswirtschaftlich nicht geregelten und darum nicht zweckmäßigen Verfahrens. Wir verderben auf diese Weise viel mehr, als wir gewinnen, und zwar nicht nur psychologisch, sondern auch materiell, denn das lebendige, produktive Lodz kann bei Erhaltung seiner

Aktivität für die deutsche oder mitteleuropäische Wirtschaft von allerhöchster Bedeutung werden. Die deutsche Wirtschaftspolitik soll ihre Augen aufmachen für das, was jetzt in Lodz getan wird!

Es verlautet zwar, daß gewisse kleinere Industrievertreter aus ostdeutschen Plätzen eine Ruinierung der Leistungen von Lodz wünschen. Mag sein! Es besteht immer ein Spannungsgefühl zwischen Konkurrenten, und daß auch die Lodzer Unternehmer als Wettbewerber keine reinen Menschenfreunde sind, kann ohne weiteres angenommen werden. Aber es würde ganz verkehrt sein, aus derartigen Konkurrenzgefühlen heraus eine Angelegenheit von größter allgemeiner Bedeutung zu behandeln.

Die deutsche Volkswirtschaft wird, wie Staatssekretär Helfferich wiederholt dargelegt hat, sofort nach dem Kriege in der ersten großen Bedarfsperiode der Menschheit mit allen Kräften Export treiben müssen, um Rohstoffe bezahlen zu können und die Valuta zu heben. Die Einzelheiten dieses Gedankenganges kann ich jetzt nicht hier gleichsam nebenbei vortragen, weil sie dazu zu fachmännisch kompliziert sind. Es genügt, zu sagen, daß wir aus zwingenden handelspolitischen und finanziellen Gründen sofort nach Kriegsschluß einen großen Anlauf nehmen und allen fremden Märkten Waren anbieten müssen. Die Gegner werden uns das zu erschweren versuchen, aber der allgemeine Weltbedarf wird uns dabei helfen. Es kommt dabei alles auf schnelles Erfassen des Augenblicks an. Die Mobilmachung der deutschen Wirtschaft nach Kriegsschluß verlangt nun Maschinen und Kräfte jeder Art. In solcher Lage einen der wunderbarsten Maschinenparks der Welt wegen verhältnismäßig geringfügiger Kupfermengen zu zerstören, das ist ein Mangel an Wirtschaftsgefühl, wie er nicht vorkommen sollte.

Wer nicht an die Eingliederung von Lodz in Mitteleuropa glaubt, der mag darüber anders denken, wer aber in den Linien der Gedanken der zwei Kaiser geht, der muß hier warnen, und zwar dringlich. Es ist schon viel verdorben.

* *
*

Lodz ist zwar kein Kunstgenuß, aber ein wunderbares Produktionsinstrument. Es ist eigentlich undenkbar, daß die Deutschen dafür

kein Auge haben sollten, selbst wenn die Aufnahme dieses merkwürdigen Platzes in den mitteleuropäischen Zollverein später zeitweise zu Reibungen führen kann. Während nämlich innerhalb der nach dem Kriege zu erwartenden Bedarfsdeckungsperiode Lodz vortrefflich in unser mitteleuropäisches System hineinpassen wird, so liegt es nicht außerhalb der Möglichkeiten, daß etwa 5 oder 10 Jahre später bei Eintritt der ersten großen Weltdepression nach Auffüllung der Läger deutsche Textilfabriken Lodz beschuldigen werden, ihnen die Aufträge wegzunehmen. Das aber wird in dieser harten Zeit, in der man wirtschaftlich erst nochmals das Kriegsleid wird nachempfinden müssen, keine Besonderheit gerade zwischen deutscher und polnischer Industrie, sondern zwischen allen Industrien überhaupt sein. Aber auch während dieser voraussichtlich schwersten Zeit muß es mitteleuropäisches Interesse bleiben, seine Produktiv- und Exportkräfte nicht zu verkleinern.

Und das nun, was wir von Lodz gesagt haben, gilt von der polnischen Industrie überhaupt. Man hat in Deutschland meist eine ungenügende Vorstellung davon, wie dicht bevölkert und industriell Polen im ganzen ist, weil in der Tat die Industrie an einigen Stellen sehr zusammengedrängt auftritt. Im Bericht der Fabrikinspektoren von 1912 wird die Zahl der unter Inspektion stehenden Arbeiter (Fabriken) mit 318 000 angegeben. Davon leben allein 178 000 im Gouvernement Petrikau, das heißt in der Gegend von Lodz, und 81 000 im Gouvernement Warschau. Außer Textilindustrie kommt die Kohlenerzeugung des Dombrovarer Beckens, eine recht beträchtliche Eisenhüttenindustrie und eine besonders in Warschau selbst sitzende Metallverarbeitung in Betracht. Der Bericht der Fabrikinspektoren zeigt für Warschau 24 000 Metallarbeiter. Vielfach werden landwirtschaftliche Maschinen gearbeitet und teils in Polen, teils in Rußland verbraucht.

Soll nun dieser über Lodz hinausreichende allgemeine industrielle Charakter des Königreichs Polen für uns ein Hindernis sein, es als Glied Mitteleuropas behandeln, schützen und fördern zu wollen? Damit ist nur die bereits vorhin aufgeworfene Frage auf erweiterter Fläche wiederholt. Es ist genau dieselbe Angelegenheit wie der Zusammenschluß mit der böhmischen, mährischen oder steiermärkischen Industrie. Mitteleuropa ist seiner Natur nach industrialistisch, wünscht gerade deshalb seine Ackerfläche zu vermehren, kann aber nicht in Ab-

rede stellen, daß die industriellen Grenzgebiete wirtschaftspolitisch zu uns gehören. So gut wir überzeugt sind, daß Chemnitz, Elberfeld, Mühlhausen, Augsburg, Dortmund, Nürnberg mit Brünn, Prag, Wien, Graz zu beiderseitigem Vorteil in einem Wirtschaftsgebilde zusammen existieren können, so zweifeln wir auch nicht, daß das für die Industrieplätze Polens gilt. Sie und wir alle müssen nach dem Kriege eine fleißige und geschickte Handelspolitik machen.

* * *

Nehmen wir also an, daß im Laufe der Zeit sich der Absatz polnischer Industrieerzeugnisse nach Rußland vermindert, wo gibt es dafür einen Ersatz? Die Antwort, die mir ein kluger Pole gab, lautete: „Wir müssen uns vom russischen Imperialismus zum polnischen Partikularismus bekehren.“ Das kann falsch verstanden werden, wenn es in eng nationalistischem Sinne als polnischer Wirtschaftsstaat mit polnischen Zöllen und ähnlichem gedacht wird, denn gerade die polnische Industrie kann diesen übertriebenen Partikularismus nicht aushalten. Das aber ist wohl ohne Zweifel, daß der einheimische polnische Verbrauch einer höchst bedeutenden Steigerung fähig ist, weil der Anschluß Polens an die mitteleuropäische Wirtschaft die Landwirtschaft unmittelbar und fast automatisch emporhebt.

Jetzt zwar während des Krieges geht es den Landwirten sehr verschieden: einer gewinnt und einer verliert. Kauf und Beschlagnahme wechseln ab, das Vieh wird häufig abgeführt, und Verwaltung und Bauern verstehen sich oft nicht, dabei aber zeigt sich hier wie überall ein Wachstum des ländlichen Geldbesitzes. Der Bauer ist es, wie man sagt, der durch seine Rubelaufkäufe den Rubelkurs in die Höhe treibt. Solange Krieg ist, wird alle bäuerliche Existenz etwas Ungewisses behalten; das ist überall so.

Nach dem Kriege aber macht es einen gewaltigen Unterschied, ob die Bauern innerhalb oder außerhalb der deutschen und österreichischen Zollgrenzen existieren. Innerhalb der Zollgrenzen bekommen sie 5 M. mehr für den Doppelzentner Brotgetreide. Das bedeutet schon allein bei Roggen und Weizen eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Einnahmen um mehr als 100 Millionen Mark. Dazu kommen die erhöhten Preise aller übrigen Landwirtschaftserzeugnisse. Der polnische

Landmann wird durch die Einbeziehung nach Mitteleuropa wirtschaftlich ein anderer Mensch. Fleißig und geschickt ist er schon sowieso, nun aber beginnt er Betriebsmittel in die Hände zu bekommen, nun werden Dorfgemeinden und Kreiskassen leistungsfähig, das Verkehrsnetz kann ausgebaut werden, und Kohle und Düngung erreicht die Dörfer, während die Milch stadtfähig wird, was sie heute an vielen Stellen noch nicht ist. Wenn ich mir diese Wirkungen vor Augen stelle, so bin ich geneigt, zu sagen, es sei fast gleichgültig, welche politische Stimmung der Bauer und Großgrundbesitzer heute hat, da ihre zukünftige Stimmung erst nach dem Kriege entstehen kann. Jetzt mögen sie diese günstigen Voraussagen glauben oder nicht, das ist Gefühlssache, später aber werden die wirklichen Erfahrungen reden. Es wird durch den Anschluß die Bodenrente des ganzen polnischen Landes von selber in die Höhe gehen. Das bedeutet natürlich auch gleichzeitig eine entsprechende Belastung des Konsums und der Produktionskosten, aber, was die industriellen Produktionskosten anlangt, so werden sie trotz Getreidezoll nicht so hoch werden, wie sie tatsächlich im russischen Wirtschaftsgebiet gewesen sind.

Was für die Landwirtschaft die Versetzung nach Mitteleuropa bedeutet, sieht man vor sich, wenn man die Erträge eines Hektars im Königreich Polen und in der Provinz Posen vergleicht:

	Polen	Posen
Weizen	11 hl	22 hl
Roggen	10 „	18,3 „
Gerste	11 „	23,4 „
Hafer	9 „	22,6 „
Kartoffeln	96 „	156 „
Zuckerrüben	198 „	305 „

Ursprünglich war die alte Wirtschaftsweise in beiden Gebieten zweifellos gleich, dann aber ging die Grenzlinie zwischen ihnen hindurch und veränderte jeden Acker. Das, was jetzt wirtschaftlich zur Frage steht, ist die Annäherung der polnischen an die posenschen Erträge. Je weiter sie gelingt, desto ferner rücken sich Polen und Rußland, denn die russische Landwirtschaftsreform ist etwas ganz anderes, als was Polen braucht, da Polen die sogenannte Bauernbefreiung schon vor mehr als 100 Jahren gleichzeitig mit dem deutschen Osten erlebt hat.

* * *

Man kann bei einzelnen polnischen oder jüdisch-polnischen Beurteilern die Meinung finden, daß Deutschland aus Polen eine Art Kolonie machen will als Ersatz verlorener afrikanischer Gebiete. Von dieser Voraussetzung aus wird uns gezeigt, daß Polen in keiner Weise Kolonialeigenschaften habe, nämlich keinen Überschuß an Rohstoffen und keine herrenlosen Gebiete. Mir scheint, daß ich darauf nicht weiter einzugehen brauche, weil der Koloniegedanke bei uns kaum vorhanden ist. Man kann zwar zugeben, daß die besonderen Verhältnisse des Krieges zurzeit ein Ausnutzungssystem nötig machen, bei dem große Wälder geschlagen werden und viele Vorräte weggeführt. Ein derartiges Verfahren aber auf die Dauer fortsetzen zu wollen, verbietet sich ganz von selbst. Während des Krieges leben wir alle, in der Heimat wie im Okkupationslande, vom wirtschaftlichen Kapital und verbrauchen, was da ist. Später aber muß wieder aufgebaut werden, und diese Arbeit kann in Polen nur der Pole selber besorgen. An „wirtschaftliche Invasion" des Deutschtums ist gar nicht zu denken, da Polen selber in seinen alteingesessenen polnischen, jüdischen und deutschen Elementen wahrhaftig hinreichend genug Unternehmungskräfte besitzt.

Auch finanziell ist der Gedanke einer deutschen Kolonisation von weit geringerer Bedeutung als bisweilen angenommen wird. So viel mir berichtet wurde, ist der größte Teil der deutschen, österreichischen, aber auch belgischen, französischen und englischen Kapitalien, die in der hiesigen Kohlen-, Metall- und Textilindustrie angelegt wurden, schon wieder abbezahlt, und die polnische Produktion steht im ganzen auf eigenen Füßen. Nun ist es zwar wahrscheinlich, daß Polen in der nächsten Periode sehr bedeutende Anleihen für staatliche und kommunale Zwecke wird aufnehmen müssen, aber ob dabei deutsche oder ausländische (amerikanische) Kapitalien herangezogen werden, ist, soviel ich sehe, für Mitteleuropa keine Angelegenheit von starkem Gewicht. Wir werden mit unserer eigenen Finanzwirtschaft fürs erste schon genug zu tun haben. Wer darum fürchtet, daß er nur Objekt einer großen Bankspekulation werden soll, kann sich getrost beruhigen. Es gehören derartige Phantasien zu den vielen Mißtrauenswolken, die über das Land fliegen.

Daß die deutschen Industriellen gern ihre Maschinen und Fabrikate nach Polen ausführen werden, ist selbstverständlich und schon immer

so geschehen. Der größere Teil dessen, was bei uns früher „Ausfuhr nach Rußland" hieß, ging nach Polen. Inwieweit er aber dort blieb oder in Verarbeitungen weiter nach Osten wanderte, kann ich hier in Lodz und Warschau nicht feststellen, und halte es auch überhaupt für schwer, auf diesem Gebiete zu einwandfreien Ziffern zu gelangen. Wenn man hier Maschinen und Waren sieht, so hat man den Eindruck langjähriger deutscher Einwirkung. Polen ist geographisch Durchgangsland zwischen deutscher Industrie und russischer Natur und kann diesen Charakter durch keine politische Veränderung verlieren. Es wird auch in Zukunft trotz eigener industrieller Neuentwicklungen ein guter Käufer bleiben. Wieweit es dann seinerseits Industriewaren oder Rohstoffe nach Deutschland verkauft und über deutsche Häfen verfrachtet, das muß sich zeigen. Im ganzen ist eine stärkere Wendung nach Westen anzunehmen.

* * *

Alle diese wirtschaftlichen Überlegungen können gar nichts anderes sein wollen als bloße Hinweise, in welchen Richtungen man beiderseits weiter und tiefer denken muß als bisher. Von vielen Leuten wird der *wirtschaftliche Untergrund des polnischen Lebens* zu wenig in Betracht gezogen. Es wird zu viel von Stimmungen geredet und zu wenig von wirklichen Dingen. Auch die Stimmungen sind zwar Realitäten, doch wechseln sie leichter.

Die Idee der polnischen Nationalität ist wie jede nationale Idee in ihrem ersten Aufsteigen scheinbar erhaben über jede materielle Betrachtungsweise. Der wahrhaft nationale Mann will seinem Volke zum Daseinsrechte verhelfen, selbst wenn es dabei ärmer werden sollte. So dachten einst unsere nationalen Propheten, und so sind die der Polen. Ihr inneres Dasein ist oder soll sein ein reiner Idealismus. Je mehr man aber sich der Verwirklichung der reinen Ideen nähert, desto materieller werden sie. Das Volk will einen Staat, ein Heer, eine eigene Rechtspflege und eine eigene Schule. Alle diese nationalen Einrichtungen beruhen aber auf der Staatskasse, und diese beruht wiederum auf Steuern, Ertrag, Kapital und Arbeit.

Es ist die Aufrichtung neuer Staaten stets eine finanzielle Aktion. Nun wird ja das Königtum Polen nicht ganz von freier Luft geboren

werden, sondern übernimmt vermutlich vom Vorbesitzer sowohl Aktiva wie Passiva, das heißt: Schulden, Staatsbesitztümer und bestehende Steuern. Ob diese Erbschaft sehr erfreulich sein wird, hängt vermutlich vom deutsch-russischen Frieden ab, den wir alle noch nicht kennen. Unter allen Umständen aber will der neue Staat mit neuen Leistungen vor die Bevölkerung treten. Er will bauen, ausbessern und einrichten. Der neue Staat soll die neue Zeit bringen. Alle werden von ihm etwas haben wollen, jeder Winkel will bedacht sein. In jeder Landstadt und in jedem Dorfe soll man den neuen Staat merken. Die russische Ausbeutung wird verbannt sein, aber billiger wird der Staatsbetrieb dadurch nicht, denn Hebung ist Anstrengung, und Kultur ist Darbringung von Opfern.

Zu den Kunstleistungen eines neuen Staates gehört es, bei Ausführung großgedachter Pläne sparsam zu bleiben. Der Staatsmann des Neubaues muß auch tapfer nein sagen können. Trotzdem aber wird er Tage haben, an denen ihm vor den finanziellen Anforderungen graut. An solchen Tagen wird der Nationalgeist praktisch. Das Deklamatorische verfliegt, und das Wirtschaftstechnische drängt sich in den Vordergrund. Dieser Vorgang ist heute offenbar in Polen nur erst bei einer Minderzahl von Menschen vollzogen. Es wird noch in der Sprache der Unverantwortlichen gesprochen. Zwar die städtischen Magistrate und die Stadtverordneten von Warschau und andern größeren Plätzen fangen an, sehr realistisch denken zu müssen, aber noch bedarf es der Schule des Lebens, bis das praktische Ideal des neuen wirtschaftlichen Polens der Volksmenge aufgeht. Sobald es geschieht, werden wir uns besser verstehen.

*   *
*

Es gehört vielleicht an diese Stelle eine ganz allgemeine Bemerkung über das Verhältnis der westslawischen Kulturen im ganzen zur deutschen Kultur:

Je mehr der einzelne Pole oder Westslawe nur literarisch oder ästhetisch gerichtet ist, desto ferner pflegt er dem Deutschtum zu sein, je mehr er aber technisch und wirtschaftlich gebildet ist, desto selbstverständlicher erscheint ihm der Zusammenhang mit dem deutschen Leben. Da nun das vielgebrauchte Wort Kultur bald mehr im schöngeistigen

und bald mehr im praktisch-nützlichen Sinne verwendet wird, so kann man an demselben Abend hören: die deutsche und polnische Kultur sind sehr verschieden, und: sie sind sehr verwandt.

Auf dem Gebiete der Lebenskunst fühlt sich das obere Polentum dem durchschnittlichen Deutschtum überlegen, weil es noch starke Reste der alten französischen Kavalierskultur besitzt. Daß diese Kultur des 18. Jahrhunderts ihre sehr bedenklichen wirtschaftlichen und politischen Folgen haben kann, wird nicht verkannt, aber es steckt ein gewisses altes Herrenideal im Blute der Oberschicht und wird, wie es scheint, bis weit in die Demokratie hinein im kleinen nachgeahmt. Die alten Begriffe der Libertät, des Übersehens von Kleinigkeiten, des sicheren Weltauftretens, der glatten Vielsprachlichkeit, der ausgesuchten Höflichkeit, der Ritterlichkeit, sind noch ziemlich gut erhalten, gleichsam Rokokobestandteile, die ihren alten Glanz nicht verloren haben. Für diesen Teil des polnischen Lebens blieb und bleibt Paris die Hauptstadt der Welt, und Berlin wird nie dieselbe magnetische Kraft besitzen.

Auch auf dem Gebiete der Phantasie, Melodie, der innerlichen Kunst hält sich der Westslawe für begabter als die Deutschen. Er gesteht ohne weiteres zu, daß die Kunsttechnik in Deutschland sehr hoch steht, daß wir große Maler und Komponisten besitzen, aber diese Kunst ist ihm, wie mir scheint, zu rationell, zu korrekt und darum mehr Kunst der Form als Kunst des Gefühls. Es geht ihm unserer deutschen Kunst gegenüber in gewissem Sinn ebenso wie uns gegenüber der französischen Kunst: wir bewundern, aber wir werden ganz selten davon in der Tiefe ergriffen, denn wir merken mehr die Höhe des Könnens als den inneren Trieb, Lebensträume sichtbar und hörbar zu gestalten.

In irgendeinem Café sehe ich einen jungen Polen sitzen, dessen Gesicht und Haltung mich interessieren. Er kommt mir wie eine Verkörperung der aufwachsenden Intellektuellen seiner Nation vor: etwas theatralische Genialität bei nicht sorgfältig gepflegter Außenseite, scharfe Augen, Kunst des Minenspieles, weite, bunte Nebelgedanken, deren Wogen ihm Freude macht und deren Disziplinierung ihm kein dringendes Bedürfnis ist. Er würde sich, so ahne ich, leichter mit Schiller befreunden als mit irgendeinem der heutigen Deutschen, denn das technisch gewordene Deutschtum der Gegenwart ist ihm eine Art von Austrocknung. Er fühlt, seine materielle Kraft wehrt sich aber

dagegen, als spräche er bei sich das Wort der Bibel: Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele? Es lebt in ihm romantischer, katholischer, östlicher Protest gegen die Verstandeskultur der Söhne Kants. Er kann Nietzsche vertragen, weil er rhythmisch ist, er will nichts wissen von Bismarck und allem, was seines Geistes ist.

Ich sprach mit einem Polen über die preußischen Polen und hörte etwa folgende merkwürdigen Worte: Sie sind der Sprache nach polnisch, aber die meisten von ihnen sind schon Pedanten geworden, das heißt Deutsche!

Während nun ein Teil der Polen sich gegen die Angewöhnung an die deutsche Geistes- und Arbeitsweise sträubt, kann ein anderer Teil gar nicht anders, als sich ihr auf dem Wege praktischer Studien und Arbeiten zu nähern. Das geschieht vielfach ohne klares Bewußtsein, daß es speziell deutsche Eigenschaften sind, die man aus Nützlichkeitsgründen heranziehen will und muß. Man denkt nur reine Technik zu übernehmen und merkt erst ganz allmählich, daß es eine reine, für sich allein existierende, übertragbare und lernbare Technik nicht gibt. Alle Technik ist im Grunde ein Seelenzustand, der sehr viele innerliche Voraussetzungen hat. Überall, wo man Maschinen importiert oder nachahmt, mechanisiert man in etwas den Lebensgeist derer, die an ihnen arbeiten und die von ihnen versorgt werden. Eine moderne Landwirtschaft setzt in diesem Sinne moderne Menschen voraus. Genossenschaftswesen ist Seelendisziplin, Gewerkschaft ist Erziehung. Und alles dieses Neue, das durch hundert Ritzen in das Leben aller Westslawen eindringt, wird ihnen von Deutschland aus dargeboten. Selbst wenn es englischen und amerikanischen Ursprungs ist, bekommt es deutsche Färbung. Das ist nicht Germanisation im sprachlichen Sinne, aber Anbahnung einer Kulturgemeinschaft für nächste Generationen.

Es scheint mir, daß die Zeit der Okkupationsregierung und Staatsgründung trotz stärkster polnischer Gefühlsproteste und Abneigungen eine V e r s c h i e b u n g d e r g e i s t i g e n Z u s t ä n d e im Polentum im Gefolge hat, die wichtiger ist als selbst die französische Periode von 1806 bis 1812. Man redet noch in den alten Worten, aber das Denken, das hinter den Worten liegt, wandelt sich. Die deutsche Armee wirkt als ein Gesamteindruck. Sie weckt im Polen das Verlangen, etwas

Ähnliches haben zu können. Obwohl die Polen reichlich genug Gelegenheit haben, auch die Menschlichkeiten und das allzu Menschliche an uns zu sehen, so sind sie doch begabt genug, um nicht am Nebensächlichen hängen zu bleiben. Es gibt nichts Erfolgreicheres als den Erfolg.

III. Polnische Staatsfragen.

Ich muß hier oft an Bulgarien denken. Obwohl ich mir bewußt bin, wie verschieden die Bevölkerungsmengen und die Geschichtsverhältnisse sind und an wie vielen Stellen der Vergleich nicht paßt, so ist doch das Problem der Neuentstehung eines untergegangenen Staates in beiden Fällen vorliegend. Polen ist nicht so lange Jahrhunderte in der politischen Totenkammer gewesen wie Bulgarien, es hatte stets mehr politisches Eigenbewußtsein und hat fast in jedem Menschenalter einmal versucht, die Fremdherrschaft abzuschütteln, aber ein Staat muß hier wie dort aus Trümmern, Erinnerungen und Hoffnungen unter mancherlei Verzicht und Druck mit unvorbereiteter Beamtenschaft gestaltet werden — diesem Prozeß wenden wir unsere Aufmerksamkeit zu.

Es handelt sich nicht um Selbstbefreiung eines gebundenen Volkes, wie denn eine solche überhaupt etwas sehr Seltenes ist (Schweiz, Niederlande). Es handelt sich nicht um eine Revolution, wie sie 1830 versucht wurde. Die Verwickeltheit wird dadurch größer, daß die Befreiung durch fremde Macht herbeigeführt wird, und zwar sozusagen im Vorbeigehen. Die fremde Macht hat ihre eigenen über die Staatsherstellung hinausgehenden Aufgaben und Ziele, die für sie zunächst das Wichtigste sind. Als Rußland Bulgarien befreite, sah es dieses Land als Station auf dem Wege nach Konstantinopel an. So betrachtet die deutsche Heeresleitung Polen als Kriegsgebiet gegenüber Rußland und muß in erster Linie die gesamte Okkupation unter Kriegsgesichtspunkte stellen. Damit ist von vornherein durch die Macht der Tatsachen ein Doppelbegriff entstanden, der das ist, was man wissenschaftlich als contradictio in adjecto bezeichnet, nämlich die gebundene Befreiung oder der okkupierte Bundesgenosse.

Es möchte nun bei derartiger Sachlage als das Geeignetste erscheinen, den Aufbau des neuen Staates völlig zu verschieben, bis durch einen Frieden die Okkupation beendet ist. Bei kurzem Kriege hat dieser Vorschlag in der Tat viel für sich, aber bei längerem Kriege mehren sich die Nachteile, da eine reine Okkupationsverwaltung nur geringe landesväterliche Interessen haben wird und es für ein zukünftiges Bündnis nur störend wirken kann, wenn die eigene Tätigkeit der Befreiten in der Zwischenzeit gar nicht hervortreten darf. Man entschließt sich also trotz unverkennbarer Bedenken dazu, vorläufig einen Staat ohne eigene Souveränität und ohne eigene Kasse unter dem Panzer der Okkupation mitleben zu lassen, den bleichen Vorläufer eines Staates, der noch keine festen Grenzen besitzt und täglich dem Okkupationsstaate aus dem Wege gehen muß, wenn dieser sich regen will.

Zwischen dem Okkupationsstaate und dem Zukunftsstaate ist genaue Abgrenzung der Befugnisse eine Unmöglichkeit, es liegt aber im Geiste des ganzen Planes, daß der kleine Zukunftsstaat wachsen soll: wachsen unter Kontrolle. Dabei wird der Zukunftsstaat beständig verlangen oder bitten: laß mich meine Sachen selber ausführen, während ihm der Okkupationsstaat ebenso regelmäßig antwortet: du kannst es nicht, denn du hast ja noch keinen Apparat! Das neue Wesen soll erst Organe bekommen, im Winkel aber wachsen die Staatsorgane nicht. Das ist geradezu tragisch für die Nächstbeteiligten und kann verhängnisvoll für das ganze Werk werden. Wer dieses Verhältnis erfaßt hat, der ahnt etwas vom Dasein des polnischen Staatsrates, der heute noch mehr eine Weissagung ist als eine Erfüllung.

* * *

Das bloße Vorhandensein eines Staatsrates oder eines provisorischen Ministeriums besagt an sich noch sehr wenig für den neuen Staat, solange man nicht erproben kann, wie große politische Talente in ihm sich auswirken oder später betätigen werden, denn es ist eine sehr richtige Bemerkung, die mir gegenüber ein Staatsratsmitglied machte, daß in einem wohldisziplinierten Staate wie Preußen viel eher ein mittelmäßiger Minister ertragen werden kann als in einem Zukunftsstaate wie Polen. Nie ist das Gewicht des Persönlichen größer als

in der Anfangsperiode. Das Gebet eines erst werdenden Volkes muß heißen: Gott schenke uns starke Kerle!

Um dasselbe noch auf eine andere Weise zu sagen, so wäre vielleicht der bulgarische Nationalstaat überhaupt nicht zustande gekommen, wenn er in den kritischsten Zeiten den einen Mann Stambulow nicht gehabt hätte. Ob nun aber die Polen gerade einen Stambulow finden werden, oder welche Wege sich hier der Volksgeist sucht, das kann man nicht vorher wissen. Noch ist der Politiker des polnischen Volksgeistes nicht sichtbar. Er ist vielleicht da, aber noch wandelt er verborgen. Es gibt zwar eine ganze Reihe anerkannter Namen und vortrefflicher Männer, aber noch hat das Kollegium etwas Farbloses. Das ist keinerlei Vorwurf, gehört aber zur geschichtlichen Erkenntnis der Situation.

Es hat bis vor kurzem in Polen fast gar keine Gelegenheiten gegeben, ein politischer Charakter zu werden. Ein Revolutionär zu sein war möglich, ein Parteiführer schon etwas schwerer, ein verantwortlicher Staatsmann überhaupt nicht. Darum sitzen neue Leute beieinander, die sich erst ihren gemeinsamen Amtsgeist und Ideenschatz schaffen müssen, ehe sie die hohen Träger des Staatsgeistes für ein ganzes neugeborenes Volk werden können. Es gibt Regierende, aber noch nichts, was den Namen „die Regierung“ verdient. Jeder Tag läßt zwar die Einheit besser reifen, aber — keine Tradition fällt vom Himmel.

* * *

Als Bulgarien aus der staatslosen Zeit herauskam, war ihm seine Verfassung ohne weiteres klar, denn ein Volk ohne Adel und ohne Großgrundbesitz und damals fast ohne kapitalistische Unternehmer konnte kaum etwas anderes sein wollen als eine kleinbäuerliche Demokratie mit einem König an der Spitze. Polen aber ist sozial viel gegliederter, hat alten Hochadel und Kleinadel, Kapitalisten, Intellektuelle, Kleriker, Handwerker, Bauern, Arbeiter, Händler. Es hat ein Hauptvolk und Nebenvölker; Katholiken, Juden, auch Evangelische, eine sehr bunte und schwierige Gesellschaft, bei der zwar im allgemeinen bürgerlicher Demokratismus vorausgesetzt werden darf, die aber an die Probleme der Staatsbürgerrechte nicht so naiv herangeht wie ein Kleinbauernstaat. Mit andern Worten: es existieren ausgesprochene und unausge-

sprochene politische Parteien, schon ehe der Staat oder ein Parlament da ist.

Parteiungen gab es übrigens in Polen immer, sowohl in der Heimat wie bei den Emigranten in Paris und in der Schweiz. Auch heute muß man zu den Einflüssen der Anwesenden die der Abwesenden hinzuzählen. Wer sagt, welche Talente gerade jetzt nicht zu Hause sein können? Und alles dieses Parteiwesen hat durch die lange Vergangenheit einen halb unterirdischen Charakter erhalten. Es wird sehr vieles geflüstert, angedeutet, heimlich verbreitet. Dagegen ist heute der Okkupationsstaat fast hilflos, aber dagegen wird auch der Zukunftsstaat zu kämpfen haben.

Die Macht, welche am ehesten in dieses gärende Werden eine mächtige Einheitsmeinung werfen könnte, ist die katholische Kirche, aber es sieht nicht so aus, als ob sie politisch auftreten wolle. Von Anfang der Okkupation bis jetzt hat sich die einheimische Geistlichkeit so gehalten, daß sie auch bei Rückkehr der Russen in ihrer Stellung bleiben kann. Es mag sein, daß die persönlichen Beziehungen zur deutschen Oberleitung sich verbessert haben, aber eine offene Kundgebung für den Beselerschen Plan ist nicht erfolgt. Man kann annehmen, daß die Politik des Warschauer Erzbistums der Aufrichtung eines nationalen Polenstaates freundlich gegenübersteht, aber aus welchen Händen Polen seine Selbständigkeit empfängt, ist ihr gleich. Auf solche Weise schaltet sie sich selbst mehr oder weniger aus und schwächt in der entscheidenden ersten Werdezeit den neuen Staat. Gerade in Warschau sollte eigentlich der Katholizismus nach seiner eigenen Vergangenheit mitteleuropäische, antirussische Farbe bekennen. Warum tut er es nicht? Man ist auf Vermutungen angewiesen: da der Papst als Friedensstifter am Schlusse des Weltkrieges auftreten will, vermeidet er alles, was wie Parteinahme aussehen könnte. Die polnische Geistlichkeit hat sich an dem großen Volksumzug im Mai 1916 beteiligt, macht keine Schwierigkeiten, fehlt aber als staatschaffender Faktor.

* * *

Was ist das Innenleben des werdenden Staates?

Die Nationalidee selber ist stark vorhanden und steigt täglich und zieht auch die Ängstlichen heran. Man wird voraussichtlich nie ver-

geblich an sie appellieren, und Opfer, die man dem Okkupationsstaat nur höchst widerwillig gibt, werden gern und freiwillig dargebracht werden, wenn sie als nationalpolnische Gaben gefordert werden. Trotz des Mangels an festen parteipolitischen und sozialen Grundlagen besitzt der Zukunftsstaat schon heute einen festen Gesinnungsunterbau. Wenn die Nationalidee nicht befriedigt wird, kann sie sehr leicht eines Tages revolutionär auftreten wollen, sobald die militärischen Zeitverhältnisse es zu gestatten scheinen. Warschau wird sich nach meinem Eindruck lieber zerstören, als freiwillig in neue Untertänigkeit hineingehen. An dieser Stelle hört das Nützlichkeitsdenken auf, und alte Flammen steigen aus dem Boden. Es ist hier noch manche Überraschung möglich. In einem Verzweiflungskampfe würden Aristokraten und Sozialisten sich die Hände reichen, und viele Teile der durch Okkupation und Requisition verärgerten bürgerlichen Schicht würden ihre sonstige Vorsichtigkeit verlieren. Dieser Zustand der hochgespannten Nationalidee ist für den Okkupationsstaat nicht gefährlich, solange dieser die militärischen Machtmittel in der Hand hat, aber für den Zukunftsstaat, der gar zu große elektrische Spannungen noch nicht aushält. Was sollen die Vertreter des Zukunftsstaates machen, wenn ein ungeduldig gewordener nationaler Radikalismus an ihre Pforten klopft? Es kann dem Leser scheinen, als spräche ich schon zu viel aus, indem ich derartige Verwicklungen andeutend berühre, aber da eben in diesen Wochen die gewaltige Krisis Rußlands beginnt, so ist es unvermeidlich, daß auch in Warschau über allerlei revolutionäre Möglichkeiten gesprochen wird.

Alle russischen Vorgänge werden hier natürlich unmittelbarer empfunden als in Deutschland. Wäre jetzt nicht die deutsche Okkupation in Polen, so würde das Land im großen Strome der russischen Bewegung schwimmen. Die Liberalisierung Rußlands gehört zu den tiefsten Wünschen des Polentums. Soweit und weil die Ententemächte sich an dieser Liberalisierung beteiligen, sind sie hoch geschätzt. Man hat in diesen Tagen der russischen Revolution hier in Warschau das Gefühl, daß die Telegramme in beiden Lagern mit völlig verschiedenen Wünschen in Empfang genommen werden: die Deutschen wünschen Vermehrung des Chaos in Rußland, die Mehrheit der Polen aber wünscht ein Gelingen des Programms der Duma.

Für unsere Betrachtung ist dabei zunächst wichtig, daß es sich in

Polen um keine einfache Aktenaufgabe dreht, die man beliebig Stück für Stück hinausschieben oder erledigen kann. Es kocht im Kessel. Die aufsteigende Nationalidee will bald etwas erleben, sei es gut oder schlecht.

In einem solchen Zeitpunkt ist die polnische Heeresfrage eine hochpolitische Angelegenheit. Man muß bei ihr die deutsch-österreichisch-ungarischen Schwierigkeiten einerseits und die innerpolnischen Vorkommnisse anderseits unterscheiden, obwohl beides unter sich zusammenhängt. Da wir später von den deutsch-österreichischen Verhandlungen noch besonders reden wollen, so soll zunächst nur vom polnischen Heer zwischen Okkupationsstaat und Zukunftsstaat gesprochen werden.

Dem Geschichtskundigen ist es nicht unbekannt, daß in früheren Jahrhunderten gar nicht selten im besetzten feindlichen Gebiet rekrutiert worden ist, wie es beispielsweise König Friedrich II. in Kursachsen tat. Er nahm sogar unterhalb des Liliensteins einfach sächsische Gefangene und zog ihnen preußische Uniformen an. Das ging bei den alten Söldner- und Konskriptionsheeren, ist aber völkerrechtlich und tatsächlich in der Gegenwart ausgeschlossen, denn Soldat zu sein ist jetzt eine bürgerliche Eigenschaft und eine politische Pflichterfüllung. Wenn also die deutsche Heeresleitung polnische Soldaten heranziehen will, so muß sie auf den Bündnisgedanken eingehen und eine polnische Armee herzustellen helfen. Ob der Bündnisgedanke an sich möglich ist, liegt außerhalb der rein militärischen Befugnisse und ist Sache der auswärtigen Politik. Nachdem aber die auswärtige Politik Deutschlands (und Österreich-Ungarns) die Umwandlung des Okkupationsverhältnisses in ein Bündnisverhältnis grundsätzlich gebilligt und öffentlich verkündigt hat, ist auch für unsere Militärs die polnische Armee eine unmittelbare Aufgabe geworden.

Es versteht sich von selbst, daß wir bei Darlegung dieser Dinge nicht in Einzelheiten gehen dürfen. Wir unterlassen jede Ziffernangabe und reden nur theoretisch über das, was jedermann wissen kann.

Sicher ist, daß es in Polen noch sehr viele militärtüchtige Männer gibt. Wir haben in ganz Mitteleuropa kein anderes Gebiet, dessen menschliche Kräfte bisher im Kriege so geschont worden sind. Während wir in Deutschland den letzten Mann aus seiner Werkstatt holen, liegen hier zahlreiche gesunde Leute arbeitslos oder halbbeschäftigt herum. Das Material zu einem polnischen Heere ist da.

Der Versuch, dieses Material durch freiwillige Werbung auf den Namen des deutschen und österreichischen Kaisers zu den Fahnen zu rufen, ist im allgemeinen nicht geglückt und konnte nicht glücken, denn freiwillig wird der Pole nur in eine polnische Armee eintreten. Er will polnische Werbung, polnische Uniform, polnische Feldzeichen, kurz eine vergrößerte polnische Legion auf dem Hintergrunde des Zukunftsstaates. Daß dabei die polnischen Truppen von deutschen Instruktoren ausgebildet und dem deutschen Oberbefehl unterstellt werden, ist beiderseits sicher, aber sie wollen ihre eigene polnische Heeresgeschichte erleben. Das ist auch kaum anders von ihnen zu erwarten, da sie nur so als Bundesgenossen auftreten können. Sie wollen nicht beliebig unter deutsche und österreichische Truppen verstreut werden. Deshalb wollen sie auch einen besonderen Eid schwören.

Ob bei dieser Sachlage eine freiwillige oder eine Zwangswerbung sich als nächster Schritt empfiehlt, wird viel diskutiert. Jedes Verfahren hat Vorteile und Nachteile. Bei der freiwilligen Werbung wird eine Staatsnotwendigkeit vom Privatentschlusse der Einzelpersonen abhängig gemacht, was notwendig zu vielen öffentlichen und geheimen Erörierungen Anlaß gibt. Gerade diese Erörterungen nun werden von einem Teile der Nationalpolen als das beste an der freiwilligen Werbung bezeichnet, weil durch sie erst der neue Staatsgedanke agitatorisch in alle Teile der Bevölkerung getragen werden könne. Sie glauben, daß in ihnen ein rauschender, fortreißender Patriotismus sich zeigen werde: die Geburt der neuen nationalen militärischen Demokratie. Aller Widerspruch werde ohne Polizei vor der Einmütigkeit der Menge von selbst verschwinden. Ob aber der Verlauf so oder anders sein wird, steht dahin, denn wie unendlich leicht ist es, vom Standpunkt gerade des nationalen Radikalismus aus immer neue Bedingungen zu finden, die erst erfüllt sein sollen, ehe das Heer als wahrhaft polnisch gelten kann.

Der volkstümlichste Vertreter einer freiwilligen polnischen Armee ist der Brigadier Pilsudski, der Schöpfer der bisherigen auf österreichischem Boden entstandenen Legion. Als einstiger sozialistischer Führer ging er zum militärischen Nationalismus über und bewies einen volkstümlichen politischen Instinkt, indem er an den Weltkrieg glaubte und für ihn mit Unterstützung der österreichischen Armeeleitung Vorbereitungen traf, während noch Europa im ganzen an den heran-

nahenden Ernst der großen Auseinandersetzung nicht recht dachte. Seine Ideale liegen bei der französischen Revolutionsarmee von 1794, bei den Freischärlern der preußischen und Tiroler Freiheitskriege und bei ähnlichen militärisch-romantischen Bewegungen. Das entspricht der Denkweise eines erst werdenden Staates, ist psychologisch äußerst wirksam, nur verträgt es sich nicht ganz mit der technischen Großbetriebsauffassung, die unsere deutschen Offiziere vom Heerwesen haben.

Der militärische Fachmann ist im allgemeinen kein Freund von romantischen Freiwilligkeiten und pflegt selbst über die einzelnen Heldenkorps der deutschen Freiheitskriege kritisch zu denken. Außerdem sagt er sich praktisch, daß beim Freiwilligkeitssystem zuerst eine Schicht sehr tüchtiger Intellektueller und Patrioten, dann aber bei weiterer Fortsetzung eine nächste Schicht von viel weniger brauchbaren Arbeitslosen und Deklassierten sich melden wird, während der normale mittlere Mensch, der Bauer und Handwerker, auf diese Weise nicht zu erfassen ist.

Von den Bauern wird berichtet, daß sie gegen die Russen kämpfen wollen, sobald sie von ihrem König den Befehl erhalten und sobald auch der Nachbar demselben Zwange folgen muß. Im Bauern sei ein merkwürdig zähes, legitimistisches Zutrauen zum Königtum übriggeblieben, das sofort in Kraft treten würde, wenn nur eben erst ein polnischer König die Krone trage. Wer dieser König ist, sei weniger bedeutsam, wenn er nur überhaupt existiere. Die Königslegende ist voll von bauernfreundlichen Zügen, da in der altpolnischen Zeit gute Könige bei ihren Bauern gegen den Adel Schutz suchten. Ist nun aber für die Rekrutierung ein König leider noch nicht zu beschaffen, so würden wenigstens sichtbare polnische Träger der Gewalt, Direktoren, Gouverneure, Generalkommissare oder wie man sie nennen will, zur Beteuerung des Staatsdaseins unentbehrlich sein. Ein Zwang ohne polnische Unterschrift sei ein leeres Blatt Papier.

Das Problem des Okkupationsstaates und Zukunftsstaates findet hier seine schärfste Zuspitzung. Es soll und muß in irgendeiner Form politische Militärhoheit konstruiert werden, die sich mit der übergeordneten Militärhoheit des kämpfenden Heeres und der Okkupationsleitung verträgt. Das wird wohl nie ganz logisch vollzogen werden, aber die Sache selbst ist unmittelbar drängend: Erst dadurch kann

der neue Staat mit einem Ruck etwas Lebendiges, Greifbares und Wertvolles sein.

* * *

Es wird auf deutscher Seite gefragt, ob die künftige polnische Armee zuverlässig sein werde. Nach meinen Eindrücken liegt es so, daß sie in dem Maße für uns zuverlässig ist, als sie polnisch national ist. Der Pole an sich ist ein guter Soldat, er tut seine Pflicht, aber er unterliegt leicht einer Suggestion, einer Stimmungswelle. Man kann sich einen liberalisierten Panslawismus denken, der lockend jenseits des Grabens steht und der auch geheime Agenten im Lande unterhält. Gegen ihn reicht ein bloßer Gestellungsbefehl mit Kriegsartikeln nicht aus, was aber unter allen Umständen ausreicht, ist das eigene staatliche Nationalgefühl. Man steht also vor der Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates.

Das wissen die Polen sehr genau und wollen ihre militärische Hilfe nicht allzu billig gewähren. Politisch wird man ihnen daraus keinen Vorwurf machen dürfen, nur sollen sie selber nicht vergessen, daß für die deutsche Armee ein absoluter Zwang zur polnischen Massenrekrutierung nicht besteht. Es wird auch ohne die Polen gesiegt werden, wenn es nicht anders geht. Für Polen aber ist es von unvergleichlicher und einzigartiger Wichtigkeit, einen militärischen Anfang ihrer neuen Staatsgeschichte zu haben. Man nehme an, daß so lange verhandelt wird, bis der Krieg zu Ende ist. Dann hat Polen dabei das meiste verloren, denn dann ist es keine Macht.

* * *

Gleichzeitig mit den Verhandlungen über das polnische Heer finden Vorbesprechungen über die allmähliche Ausdehnung des Zukunftsstaates in der inneren Verwaltung statt. Am meisten wird über Schule und Justiz gesprochen. Die polnische Meinung pflegt zu sein, daß diese zwei Gebiete ohne Schaden vom Okkupationsstaate an den Zukunftsstaat abgetreten werden können, während die deutsche Verwaltung erst gewisse Vorbedingungen festsetzen will.

Was die Justizverwaltung anlangt, so gab es in russischer Zeit keine polnischen Richter, sondern nur polnische Rechtsanwälte.

Von diesen haben sich sofort nach Abzug der Russen eine Anzahl für staatlichen Dienst zur Verfügung gestellt. Ob aber ein Justizwesen für Polen herstellbar ist, selbst wenn alle Rechtsanwälte zu Richtern werden, wird bezweifelt. Und wer ist dann Rechtsanwalt? Man muß erst Personal heranziehen, ehe man die deutschen Kräfte ganz entbehren kann. Aber allerdings ist der polnische Wunsch, nach Möglichkeit in die betreffenden Stellen einzurücken, sicherlich nicht unberechtigt und wird auch von deutscher Seite anerkannt.

Doch selbst wenn alle Personalfragen befriedigend gelöst sind, bleiben innerhalb der Okkupationszeit sachliche Verwickeltheiten übrig, die im Nebeneinander der Militärgerichte und Zivilgerichte beruhen. Ich bin zu wenig Fachmann, um näher auf diesen Stoff einzugehen, will nur bemerkt haben, daß es hier Aufgaben gibt, die mit dem Grundproblem zusammenhängen.

Der neue Staat Polen muß in kurzer Zeit eine Menge von Oberbeamten, Mittelbeamten, Unterbeamten, Richtern, Referendaren, Verkehrsleitern, Bauinspektoren, Polizisten, Bürgermeistern, Stadträten und Parlamentariern liefern. Dafür sind zwei Wege vorhanden. Man nimmt jeden halbwegs brauchbaren Mann und besoldet ihn so, daß er lieber im Staatsdienst bleiben will als in Privaterwerb zurückkehren, oder man bildet schnell eine verwendungsfähige, gebildete Jugend für Staatsberufe aus. Beide Wege werden jedenfalls gleichzeitig beschritten werden. Es entsteht ein Staatsapparat mit neuen Elementen, was einerseits sehr interessant, andererseits aber etwas riskiert ist, denn die zwei Gefahren heißen: Erwerbspolitiker und Experimentierer. Das aber sind notwendige Jugenderscheinungen, die an Bedenklichkeit verlieren, wenn sie von vornherein offen erkannt werden. Um dem Staatsbedarf an geschulten Personen einigermaßen zu genügen, werden jetzt unter Mithilfe reichsdeutscher und österreichischer Verwaltungsbeamter Lehrkurse veranstaltet, wie denn überhaupt die Okkupationsverwaltung der Zukunftsverwaltung gegenüber freundschaftliche Patengefühle besitzt.

* * *

Alle östlichen Grenzländer Mitteleuropas sind voll von Schulfragen. Das erste, was die Deutschen nach der Okkupation in Warschau taten, war die Errichtung einer polnischen Universität, die

gute Arbeit leistet. Von da an warfen sich die Schulmänner der Okkupationsverwaltung mit Hingebung auf die neue pädagogische Provinz an der Weichsel und arbeiteten an der Volkserziehung, als ob sie immer hier bleiben sollten. Das wird sicher in der Zukunft seine guten Früchte tragen, zunächst aber erwächst mit diesem vortrefflichen deutschen Fleiße eine gewisse polnische Rivalität. Der Zukunftsstaat sagt zum Okkupationsstaat: Warum müßt ihr uns denn auch dieses Stück unseres Lebens aus den Händen nehmen? Warum? Fast möchte ich antworten: Weil diese Arbeit die pädagogischen Deutschen so interessiert, daß sie froh sind, mitten im Kriege in Uniform irgendwo Schulen dirigieren zu können. Aber das ist kein politischer Grund.

Was die Schule politisch für eine werdende Nationalität bedeutet, können wir heutigen Deutschen, die wir mit Schulen umpflanzt sind, nur dann ahnen, wenn wir uns in die Literatur unserer eigenen Vergangenheit zurückversetzen. Als Deutschland nahe daran war, das Schicksal Polens zu erleiden und seine politische Existenz zu verlieren, noch ehe man etwas vom Sturze Napoleons ahnen konnte, sprach Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation von nichts so genau als von den nationalen Schulen, die die Neuschaffung der Menschen bewirken sollen. Schulen sollen erste Heimaten der späteren Kräfte sein, für die die Väter ihr letztes hergeben. Von der Schule wird eine Überwindung des Parteigeistes erwartet, eine Hebung der Landwirtschaft, eine Erhöhung der Rentabilitäten, eine Lösung der Judenfrage, eine Einreihung in die Versammlung der alten Kulturnationen. Schule gilt als Zaubertrank des kommenden Tages! darin mag etliches etwas zu hoffnungsfreudig sein, aber sicher ist, nächst dem Heere wird in der nächsten Periode nichts in Polen so geliebt und gepflegt werden als die Schule.

Dabei ist auf diesem Gebiete von antideutscher Stimmung kaum zu reden, weil hier die Vorbildlichkeit der Deutschen restlos zugestanden wird. Man will gern vom Deutschen lernen, aber man will es selber machen. Was also hindert, den Zukunftsstaat heute oder morgen zum Schulstaat werden zu lassen?

Nichts hindert, als die Schwierigkeit, die Nationalitätenfragen im künftigen Königreich schon jetzt zu formulieren. Ihnen müssen wir uns darum zuwenden.

* * *

Die Deutschen in Polen haben eine alte, ehrenvolle und leidvolle Geschichte, die sehr dem ähnelt, was auch von den Deutschen in Galizien und Ungarn gesagt werden kann. In verschiedenen Abteilungen — größeren und kleineren Gruppen — sind im Laufe der Jahrhunderte deutsche Handwerker, Tuchmacher, Schmiede und Waffenschmiede, Müller, Bäcker, Weber und Bergarbeiter entweder von selbst erschienen oder herangezogen worden. Alte Ortsnamen geben Zeugnis davon, daß die Ansiedlung z. T. dörferweise vor sich gegangen ist. Auch gibt es kaum einen deutschen Stamm von Ostpreußen bis Baden, der hier nicht irgendwie in seinen Abkömmlingen vertreten wäre. Bei der russischen Volkszählung von 1897 wurden in Polen 407 000 Deutsche gezählt, aber diese Angabe gilt als viel zu niedrig. Man spricht von 600 000. Die Mehrzahl dieser Deutschen ist evangelisch und hat in den vergangenen Zeiten von den Polen nicht immer nur Freundschaftsbeweise erfahren. Besonders lebhaft wurden die Gegensätze während der polnischen Revolutionen von 1830 und 1863, weil der Deutsche im allgemeinen die Revolution nicht mitmachte und sich dem polnischen Staatsideal entzog. Er war loyaler russischer Untertan und ließ sich wohl auch gelegentlich von den Russen gegen die Polen benutzen. Die Folge ist, daß heute die deutschen Gemeinden den polnischen Staat nicht ohne Sorge kommen sehen. So wenigstens wird mir die Denkweise alter, treuer evangelischer Landgemeinden geschildert, und auch städtische Deutsche, mit denen ich Aussprache haben konnte, waren voll ähnlicher Sorgen. Die Deutschen bitten dringend, daß der Okkupationsstaat nicht das Land verlassen solle, ohne ihnen zuverlässige Garantien ihrer Schulen, Kirchen und Gemeinden zu hinterlassen. Diese Bitte wird in Deutschland von allen denen unterstützt, die sich um die Auslandsdeutschen bekümmern. Man hört die Frage: Soll der deutsche Sieg unser Unglück werden?

Hat man nun Gelegenheit, mit gebildeten Polen über dieselbe Sache zu reden, so versichern sie, daß alle derartigen Besorgnisse unnötig sind, denn der aus dem russischen Druck herauskommende Polenstaat werde grundsätzlich liberal sein — liberaler als die Preußen in Posen waren. An die Ehrlichkeit dieser Absicht glaube ich, aber wer kann vorher wissen, bis zu welchem Grade von nationalistischem Eifer sich die polnische Gesinnung steigern wird, wenn später Agitation und

Parlamentarismus in Betrieb sind? Die Polen haben in dieser Hinsicht zweifellos vieles mit den Magyaren gemeinsam, einen scharf ausgeprägten nationalen Herrschersinn. Das hat seine guten Seiten für die Energie des Staates, aber die Schatten in den Hütten der Minderheiten können nicht ganz ausbleiben. Deutschland als Ganzes befindet sich nun hier wie anderswo in der etwas peinlichen Zwangslage, einerseits den Nationalsinn der Verbündeten als mitwirkende Kraft sehr zu schätzen, andrerseits aber den deutschen Sprachinseln und Schulgemeinden Lebenssicherungen geben zu müssen. Unterbleibt letzteres, so erschwert sich die innerdeutsche Behandlung der polnischen Staatsfrage um ein beträchtliches.

Am liebsten würde ich hören, daß der polnische Staatsrat von sich aus ein Grundgesetz mit Minoritätenschutz als polnischen Entwurf hervorbringt, damit die unvermeidlichen Bestimmungen als eigener polnischer liberaler Wille erscheinen und nicht als Zwang des deutschen Okkupationsstaates.

* * *

Weit dunkler aber als die Minoritätsrechte für die deutschen Gemeinden sind die politischen Rechte der Juden. Um über sie auch nur mitdenken zu können, muß man die hiesigen Juden in ihrem besonderen Dasein gesehen haben. Die gewöhnlichen west- und mitteleuropäischen Vorstellungen reichen nicht aus.

Unter Führung meines Freundes des jüdischen Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Haas aus Karlsruhe, der hier bei der deutschen Verwaltung die jüdischen Dinge bearbeitet, bin ich in ziemlich vielen jüdischen Wohnungen, Schulen und Synagogen gewesen, was mir geradezu neue Einblicke in mittelalterliches Dasein gegeben hat, denn das Altjudentum in Polen ist Mittelalter. Wir nennen es orientalisch, weil wir derartiges Volksleben sonst nur noch auf türkischem oder wohl auch auf indischem Boden zu finden pflegen. Alle unsere gewöhnlichen abendländischen Begriffe passen hier nicht. Diese Juden sind keine Nationalität, auch keine Konfession, sondern etwa das, was wir im Orient mit dem Wort Kaste bezeichnen, eine altgebundene Lebensgemeinschaft ohne eigentliche staatliche Eigenschaften, aber mit ganz festen sozialen und moralischen Gewohnheiten, zu denen eine Re-

ligion gehört, die keineswegs mit dem Begriff Glaubensgemeinschaft erschöpfend dargestellt wird, da in ihr das Tun jedes Tages verankert ist.

In deutscher, polnischer und (hebräisch geschriebener) jiddischer Sprache liegt vor mir „Verordnung die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaften im Generalgouvernement Warschau betreffend". Darin heißt es: „Die jüdische Gemeinde hat unbeschadet der Rechte und Pflichten des Staates und seiner Selbstverwaltungskörper folgende Aufgaben zu erfüllen:

die Pflege des religiösen Lebens,
die Erziehung der Jugend,
Armenpflege und soziale Fürsorge,
die Verwaltung des Gemeindevermögens,
die Aufsicht über Synagogen, Ritualbäder, Friedhöfe und rituelle Fleischbeschaffung.

Es liegt der Gemeinde ob, solange nicht dem Bedürfnis anderweit genügend Rechnung getragen ist, durch Gründung von Schulen für die Bildung der Jugend Sorge zu tragen. Als Schulen gelten auch Religionsschulen (Chederschulen), soweit sie ein genügendes Maß von Elementarunterricht erteilen.

Die jüdischen Gemeinden bilden unter sich ein zusammenhängendes Netz von Rabbinatsbezirken, Kreisgemeinden und erhalten einen „obersten Rat der Juden"."

Diese vom Generalgouverneur v. Beseler unterzeichneten Verordnungen sind ein Versuch, das Lebewesen der jüdischen Gemeinschaft in modernen Worten auszusprechen. Beim Anschauen der Gemeinschaften aber merkt man sofort, daß die Regeln nur ein schwacher Schatten einer engverflochtenen tatsächlichen Zusammengehörigkeit sind. Das soll nicht heißen, daß es keine Unterschiede gibt. Im Gegenteil, es wimmelt von Untergruppen und streitenden Schulen, aber jede von ihnen hat diesen Charakter der Mittelalterlichkeit. Aus dieser alten Welt erheben sich dann die gebildeteren Juden und werden stufenweise Individualisten, das heißt bloße Nationaljuden oder Konfessionsjuden oder Assimilationsjuden. Je weiter sie sich vom kastenartigen Urgrund entfernen, desto mehr gleichen sie modernen Staatsbürgern und werden Polen oder auch Deutsche. Dieser Prozeß des individualistischen Aufsteigens vollzieht sich fortwährend, ebenso dauernd wird aber auch die Massengrundlage neu geboren.

Nach der russischen Zählung von 1897 gab es in Polen etwa 1 800 000 Israeliten, das ist 14% der Bevölkerung. Wahrscheinlich sind auch hier die angegebenen Ziffern etwas zu gering.

Wie nun soll der neue Staat diese jüdische Lebensgemeinschaft in sich aufnehmen? Als einen Staat im Staate oder als einzelne Bürger? Soll und kann er alle jüdischen Kinder, die oft gar nicht Polnisch zu sprechen vermögen, in polnische Normalschulen hineinzwingen oder soll er besondere jiddische Schulen entweder verordnen oder zulassen? Soll er den Prozeß der Loslösung vom Urgrund befördern oder verlangsamen? Soll er Stadtverwaltungen von Städten, in denen 50% oder 80% Juden leben, einfach einer jüdischen Mehrheit überlassen oder soll er eine Grenze für jüdische Magistratsmitglieder, Beamte und sonstige Vertreter festsetzen? Soll er die freien Berufe völlig in jüdische Hände übergehen lassen oder auch die Gymnasialbildung begrenzen? Ich habe keinen Polen und keinen Juden gefunden, der eine restlose Lösung dieser Fragen zu geben in der Lage war.

Was die Juden selbst betrifft, so sind unter ihnen sehr entgegengesetzte Meinungen vertreten. Es gibt Juden, die aus Selbsterhaltungstrieb eine besondere Nation oder Volksgruppe bleiben wollen und ihr eigenes Minoritätsrecht verlangen: Kuriensystem auf Grund des Katasters der jüdischen Gemeinden mit möglichst großer (jiddischer) Selbstverwaltung, und es gibt andrerseits Juden, die das Sonderleben je schneller desto besser aufgeben und Polen werden wollen. Die entsprechende doppelte Auffassung findet sich dann mit gewissen Unterschieden in der Begründung bei den Polen.

Diejenigen polnischen Herren, mit denen ich über diese Sache geredet habe, wünschen alle keinen Antisemitismus, aber sie fürchten, daß entweder die eine oder die andere Methode zu Antisemitismus führen könne. Ein Vorschlag geht dahin, es durch Statut den Juden selbst zu überlassen, ob und wie lange sie sich zur Judenkurie zählen wollen. Wer Pole sein will, könne es werden. Das scheint gewisse Vorzüge zu haben, gibt aber Anlaß zu dauernden Gegensätzen zwischen Altjuden und Assimilationsjuden.

Es würde für Polen und Juden eine Erleichterung der Staatsgründung sein, wenn in Übereinstimmung von deutscher Verwaltung und Staatsrat eine grundsätzliche Regelung eintreten könnte, ehe die Wahlen zum ersten gesetzgebenden Parlament ausgeschrieben werden.

Es würde auch das internationale Auftreten des neuen Staates befördern, wenn er nicht sofort mit Judendebatten seine Bürgerrechte formulieren könnte. Noch aber ist die Form nicht gefunden. Polen will in keiner Weise ein zweites Rumänien sein, will liberal arbeiten, weiß nur noch nicht recht, wie es staatstechnisch zu machen ist.

* *
*

Um inmitten der Vielheit eine Einheit werden zu können, braucht Polen eine Monarchie. Ebenso wie Bulgarien ohne König Ferdinand nie zur Staatsfestigkeit gelangt wäre, wird Polen einen ähnlichen Mittelpunkt brauchen, weil es sonst an seinen eigenen inneren Gegensätzen ein zweites Mal zugrunde geht. Auch solche Glieder des polnischen Volkes, die ihrer politischen Theorie nach Republikaner sein möchten, werden sich dieser praktischen Einsicht nicht verschließen.

Man darf sich nicht vorstellen, daß die künftige parlamentarische Politik dieses Landes ohne Leidenschaften sein wird. Die Parteien werden sich gegenseitig bekämpfen und abwechselnd stürzen. Das gehört zum dialektischen Prozesse des Fortschritts, zur Ausbalancierung der vorhandenen Bestrebungen. Mag es im einzelnen peinlich und störend sein, so ist es doch eben unvermeidlich und notwendig. Aber eine Stelle muß gefunden werden, die ein ruhiges letztes Wort zu sprechen in der Lage ist und die über allen Parteienwechsel hinweg die Politik nach außen hin vertritt, Staatsverträge schließt und garantiert. Ja man wird nicht fehlgreifen, wenn man annimmt, daß die schmerzlichen historischen Erfahrungen, die Polen in den vergangenen Jahrhunderten mit seinen Wahlkönigen gemacht hat, eine heilsame Lehre für den neuen Staat bleiben werden. Mit einem bloßen schattenhaften Scheinkönigtum ist hier nicht geholfen; das ist vielleicht etwas für wohlgeordnete, altbefestigte Staaten, deren Betrieb sich nach erworbenen Traditionen regelt, aber nichts für Gründungszeiten. Dabei kommt es weniger darauf an, welche Sätze über die monarchische Macht in der geschriebenen Verfassung stehen, als darauf, daß bei aller Freiheit der Volksvertretung tatsächlich ein unveränderlicher Zentralpunkt aufgerichtet wird, das Bleibende in der Erscheinungen Flucht. Polen braucht eine Dynastie auf konstitutioneller Grundlage.

Wer wird König werden? Eine Lebensfrage!

Fast alle Polen, mit denen ich über diesen Punkt geredet habe, sagen, daß es leider kein Pole werden kann, weil es kein Geschlecht gibt, das offensichtlich für diese Aufgabe geboren ist. Man braucht einen Mann, der Katholik ist, der fürstliche Beziehungen mitbringt, der bereit ist, den Polen ein Pole zu werden, und den die Großmächte anerkennen. Wenn einmal die Okkupation schließt, soll der König da sein. Dann hält er seinen Umzug durch das weite polnische Land, und die Vertreter der Dörfer küssen ihm die Hand, die neuen Eide werden geschworen und das Staatsschiff fährt unter dem neuen Kapitän hinaus ins bewegte Meer der künftigen Weltgeschichte.

IV. Zwischen den Großmächten.

Berlin, Ende März 1917.

Auf der Rückfahrt von Warschau vergegenwärtige ich mir nochmals die Eindrücke der letzten Wochen. Ich habe sehr viel persönliche Freundschaft und Liebenswürdigkeit erfahren; mit vielen sachkundigen Männern gesprochen; Gelegenheit gehabt, mit Herren der deutschen Verwaltung ebenso offen zu reden wie mit den Herren des polnischen Staatsrates und polnischer Parteien oder mit den Vertretern des alteingesessenen Deutschtums in Lodz und namhaften einheimischen Juden. Dabei ist vieles Einzelne erwähnt, erzählt und erwogen worden, was in diesen Blättern nicht aufgezeichnet werden kann. Die Fülle der Probleme ist sehr groß, und ich bewundere die Männer aus allen dortigen Lagern, die im Gewoge der Unfertigkeiten und Verworrenheiten ihren festen Optimismus behalten. Die wichtigste Frage ist aber doch die, auf die ich in meinen bisherigen Aufzeichnungen es vermieden habe, im einzelnen aufmerksam zu machen, nämlich, wo und wie die Gegensätzlichkeiten von Berlin und Wien, von Warschau und Lublin sich fühlbar machen, und auch im Nachfolgenden werde ich mich bemühen, nur das Notwendige in knappen Worten auszusprechen.

Es ist im Grunde das mitteleuropäische Interesse gewesen, das mich überhaupt zur Beschäftigung mit den polnischen Angelegenheiten geführt hat. Wenn es nach dem Kriege ein kräftiges und gesundes

Mitteleuropa geben soll, so müssen schon jetzt während der Zeit des Kampfes die einzelnen bedeutsamen historischen Schritte in Richtung auf künftige Einheit angelegt werden. Vielleicht an keiner Stelle ist das schwieriger als im Lande der Weichsel. Hier aber gerade muß die große Probe gemacht werden, ob es einen mitteleuropäischen Geschichtssinn gibt oder nicht.

Als am 5. November 1916 die beiden Kaiser das Königreich Polen proklamierten, konnte und mußte die Welt glauben, daß über die Grundlinien des weiteren gemeinsamen Vorgehens feste Abmachungen getroffen sind. Man mußte annehmen, daß ein gemeinsames Aktionsprogramm protokollarisch vorliege. Niemand würde verlangt haben, daß diese Abmachungen vorzeitig der Öffentlichkeit mitgeteilt würden, da ja während des Kriegsverlaufes beständig Änderungen und neue Entschlüsse notwendig sein können. . . .

* * *

Da das Manifest der zwei Kaiser, das am 5. November von Generalgouverneur Beseler in Warschau und von Feldzeugmeister Kuk in Lublin vorgetragen wurde, die Grundlage aller weiteren politischen Entwicklungen zu sein hat, ist es notwendig, seine einzelnen Bestandteile genau im Auge zu behalten. Wir glauben nichts Überflüssiges zu tun, wenn wir den Wortlaut an dieser Stelle noch einmal abdrucken, da offenbar sowohl Stimmung wie Einzelinhalt dieses geschichtlichen Dokumentes heute nach so kurzer Zeit leider schon vielfach vergessen zu sein scheint. Der Wortlaut des Zweikaisermanifestes ist:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehen und aufblühen sehen.

Zu diesem Manifest gab die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wichtige Erklärungen:

Deutschlands Sicherheit verlangt für alle kommende Zeit, daß nicht aus einem als militärisches Ausfallstor ausgebauten Polen russische Heere, Schlesien von Ost- und Westpreußen trennend, in das Reich einbrechen können. Nicht immer wird ein gutes Geschick uns einen Hindenburg zur Verfügung stellen, um trotz solcher Grenzen die Russenflut einzudämmen. Kürzere, stark geschützte Grenzen werden das festeste Fundament eines ruhigen Verhältnisses zu unserem russischen Nachbar sein. . . . . Den von der russischen Herrschaft befreiten Polen bieten wir die Möglichkeit, sich in einem eigenen Staate an die Mittelmächte anzulehnen und in festem Verbande mit ihnen ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu führen. Dabei werden sie namentlich für die nächste Zeit auf unsere Hilfe starken Anspruch machen. Die russische Herrschaft hat polnisches Beamtentum, polnische Lehrerschaft, polnische Wehrkraft nicht aufkommen lassen, sie hat das aufstrebende Land niederzuhalten, zu trennen, zu verwirren gewußt. Bahnbau und Wasserstraßen sind vernachlässigt. Überall sind die Grundlagen staatlicher Verwaltung erst zu schaffen. Mancherlei ist während der Okkupation bei verständnisvoller Mitarbeit der Polen bereits geleistet worden. Auch militärische Kräfte sind von den Polen für die Befreiung vom russischen Joche eingesetzt worden. Die polnischen Legionen haben bereits in mancher Schlacht an der Seite der Mittelmächte ruhmvoll gegen Rußland gestritten. Die Errichtung einer polnischen Wehrmacht ist also an sich nichts Neues. Indem die Mittelmächte den Polen den allmählichen Ausbau einer eigenen Wehrmacht gestatten, erfüllen sie ihnen einen brennenden Wunsch, der bei dieser militärisch so begabten Nation besonders begreiflich ist. Schritt für Schritt wird der Aufbau des polnischen Staatswesens weitergeführt werden. Harte, mühevolle Arbeit wird zu leisten sein. Über alle Schwierigkeiten hinweg wird die alte staatenbildende Kraft unseres Volkes das große Ziel erreichen und erreichen helfen. So werden wir mit der Zeit im neuen polnischen Staat einen tüchtigen, befreundeten Nachbarn erhalten, Deutschland nach Osten sichern und der Zukunft Europas einen wertvollen Genossen gewinnen.

Ungefähr gleichzeitig mit diesen Erklärungen wurde mitgeteilt, daß unter Führung des Warschauer Universitätsrektors Brudzinski eine polnische Delegation den Deutschen Reichskanzler und den öster-

reichisch-ungarischen Minister des Äußern besuchte und dabei folgende Wünsche äußerte:

Ernennung eines Regenten, der die volle Regierungsgewalt auf dem Gebiete des polnischen Staates auszuüben hätte; Aufhebung der Demarkationslinie zwischen den von Österreich-Ungarn und Deutschland besetzten Teilen des polnischen Okkupationsgebietes; Berufung eines provisorischen Staatsrates aus einheimischen Elementen, dessen Aufgabe es wäre, die Verfassung und Gesetzentwürfe auszuarbeiten und die Verwaltung des polnischen Staates zu organisieren; Errichtung eines Militärdepartements beim Staatsrate zur Organisierung des künftigen polnischen Heeres; schließlich soll der Verwirklichung der Staatlichkeit die Proklamierung des polnischen Königs und als endgültige Form des Wiederaufbaues Polens eine genaue Feststellung der Grenzen beim Friedensschluß folgen.

* * *

Was die Landesgrenzen des Königreichs Polen anlangt, so ergibt sich aus allen diesen politischen Aktenstücken, daß von vornherein die polnischen Gebiete in Preußen und in Galizien bei der Aufrichtung des Königreichs nicht in Betracht gezogen werden. Welches ihre künftige politische Stellung innerhalb der bisherigen Staatsverbände sein soll, bleibt im strengen Sinne des Wortes innere Angelegenheit der einzelnen Großmächte. Österreich ließ durch den damaligen Ministerpräsidenten v. Koerber dem Lande Galizien das Recht verkündigen, seine Landesangelegenheiten innerhalb der Zugehörigkeit zum österreichischen Staat selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Ausführungsverordnungen zu dieser Ankündigung sind aber bis heute nicht erschienen und werden auch zunächst nicht erwartet.

Es war also von Anfang an nur die Abgrenzung nach der bisher russischen Seite hin offengelassen. Diese wird selbstverständlich ihre endgültige Form erst durch den Friedensschluß finden können, und es entspricht der vorsichtigen Haltung der Mittelmächte, daß sie nicht Grenzen in Aussicht stellen, um deren Durchführung erst noch militärisch und diplomatisch gekämpft werden muß. Leider aber kann auch die Öffentlichkeit sich im gegenwärtigen Zeitpunkt aus militärischen Gründen noch nicht über die Grenzen des kommenden Polenstaates aussprechen; es liegen bekanntlich in zwei Richtungen

polnische Ansprüche vor, auf Gebiete, die nicht mehr zum Bezirk des eigentlichen Generalgouvernements Warschau gehören; nach Süden werden ukrainische Landstriche gefordert, nach Norden litauische. Zumal Litauen ist ein sehnlicher Wunsch der Polen; es ist aber, wie gesagt, nicht möglich, hier zu erörtern, ob, warum und wie diesem polnischen Wunsche Rechnung zu tragen ist. . . .

* * *

Wenn die zwei Kaiser davon sprechen, daß das neue Königreich „im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte" sich entfalten soll, so wird dabei die dauernde Zusammengehörigkeit der beiden Reiche Deutschland und Österreich-Ungarn als eine feststehende Tatsache vorausgesetzt. Vielleicht sind diese wenigen Worte, weil sie Kaiserworte sind, die bedeutsamste bisherige mitteleuropäische Kundgebung. Sie können auch nicht gesprochen worden sein, ohne daß der Entschluß der unlösbaren zukünftigen Gemeinschaft absolut sichergestellt ist. Als sie gesprochen wurden, regierte noch der ehrwürdige Kaiser Franz Josef I., und man hat ein Recht, die Zweikaiserproklamation und damit auch diese Worte als ein heiliges Testament dieser wunderbaren historischen Gestalt anzusehen.

Wieweit nun aber der mitteleuropäische Gemeinschaftswille der zwei Kaiser schon die Form eines Staatsvertrages gefunden hat, gehört zu den Dingen, über die nur Vermutungen erlaubt sind. Wenn es beispielsweise von der eigenen polnischen Armee heißt, daß ihre Organisation, Ausbildung und Führung „in gemeinsamem Einvernehmen" geregelt werden soll, so kann man diesen Ausdruck kaum lesen, ohne zu der Meinung zu gelangen, daß eine Art militärischer Konvention vorhanden ist, durch die die zukünftigen Organisationsverhältnisse der verbündeten Armeen im ganzen grundsätzlich geordnet sind. Es würde das Vorhandensein der Militärkonvention eine der größten Sicherheiten für den künftigen Bestand von Mitteleuropa und damit von Polen sein. Was wir freilich seit dem 5. November mit schmerzlicher Verwunderung erlebt haben, spricht leider nicht dafür, daß es bereits jetzt eine Einheitlichkeit hinsichtlich der militärischen Anordnungen über die Polnische Legion und über die hochwichtige allgemeine polnische Rekrutierung gibt. Warum hat man eigent-

lich diese Monate für die polnische Truppe verloren? Hier müssen starke Fehler gemacht worden sein! Es kann begreiflicherweise nicht unsere Aufgabe sein, einzelnes auf diesem Gebiete, das wir seiner Natur nach nur unvollkommen überschauen können, der Öffentlichkeit mitzuteilen. Mögen die beiderseitigen militärischen Oberstellen ihre vorhandenen Anrechte und Interessen in der einen oder in der andern Weise regeln, so haben die Bevölkerungen von ganz Mitteleuropa das allergrößte und das allerlebhafteste, dringendste Interesse daran, daß die Aufstellung der polnischen Armee nicht einen Tag länger verzögert wird, als es unbedingt notwendig ist. Für irgendwelche Kompetenzstreite, Umständlichkeiten oder Verschleppungen haben wir alle wahrhaftig jetzt keine Zeit, denn ein Hinausschieben der polnischen Rekrutierung bedeutet eine Schwächung der mitteleuropäischen Gesamtarmeen und damit eine Verlängerung der Lebensgefahren für alle beteiligten Truppen. Während nun aber alle Bevölkerungen in Deutschland und Österreich-Ungarn die größte Beschleunigung der polnischen Rekrutierung verlangen müssen, ist es gleichzeitig, wie wir schon früher ausführten, der dringendste Wunsch der Polen selbst, mit einer eigenen Armee auf den geschichtlichen Schauplatz treten zu können. In der Zeit meines Aufenthaltes in Warschau hat dort eine höchst bemerkenswerte Versammlung von Vertretern der verschiedensten Parteien und Volksteile stattgefunden, die mit voller Einmütigkeit die Durchführung der Rekrutierung gefordert hat. Die Polen haben bis in ihre radikalsten Elemente hinein begriffen, daß nur durch eine polnische Truppe der polnische Staat entsteht. Das, was die polnische Delegation unter Führung von Rektor Brudzinski Anfang November verlangte, ist heute noch nicht da: Errichtung eines Militärdepartements beim Staatsrate zur Organisierung des künftigen polnischen Heeres. Die Kaiser haben gesprochen, dann aber traten irgendwelche Gegenkräfte ein. Das Notwendige schläft.

* * *

Auch eine andere Forderung derselben Delegation ist nach so vielen Monaten noch unerledigt, nämlich die Aufhebung der De-

markationslinie zwischen den von Deutschland und Österreich-Ungarn besetzten Teilen des polnischen Okkupationsgebietes. Es gibt tatsächlich noch immer zwei wirtschaftlich voneinander getrennte, vollständig verschieden verwaltete Teile des künftigen Königtums. Das widerspricht dem Geiste der Zweikaiserproklamation durchaus und erweist sich im praktischen Leben als unglaublich hinderlich. Solange diese Trennungslinie fortbesteht, wird man in Polen nicht ganz an den endgültigen Entschluß, ein einheitliches Königtum herzustellen, glauben können. Die Fortsetzung der Trennung hat nur einen Zweck, wenn man sich den Rückweg auf eine neue Teilung Polens und beiderseitige Annektierungen freihalten will. Das aber ist durch die feierliche Kundgebung der zwei Kaiser ganz ausgeschlossen und würde zu den allergrößten und unglaublichsten Schwierigkeiten führen. Nach unserer Meinung ist nun zwar die Aufrechterhaltung der Zollgrenze zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn während des Krieges überhaupt eine falsche Maßregel. Sie ist handelspolitisch nicht mehr nötig, denn im Zeitalter der Beschlagnahme existieren gar keine bedeutenden und wertvollen Güterquantitäten, deren Verschiebung nicht von den Kriegswirtschaftsgesellschaften aus hinreichend geregelt werden könnte. Wozu entzieht man da viele Tausende von militärpflichtigen Männern dem Kriegsdienst, während doch ihre zollpolitische Leistung tatsächlich heute einen praktischen oder finanziellen Zweck nicht mehr verfolgt? Man prüft überall sonst die Notwendigkeit jedes einzelnen Mannes, hier aber am Zoll lebt ungeprüft die alte Tradition weiter. Unnötiger noch aber als die Aufrechterhaltung der langen Zollinie vom Bodensee bis nach Oberschlesien ist ihre Fortsetzung durch den polnischen Zukunftstaat hindurch.

Dadurch, daß ein deutsches und ein österreichisches Kongreßpolen nebeneinander getrennt aufrechterhalten wird, entsteht nun eine Doppelheit der Verwaltung, die zur beständigen Kritik herausfordert. Nichts würde wünschenswerter sein als die Einheitlichkeit des Geistes und der Methode in der Okkupationsregierung und in der Vorbereitung der neuen Verwaltung. Statt aber mit festem Entschlusse einen einheitlichen polnischen Staat vorzubereiten, wird im Grunde für zwei weitere Staatsteile gearbeitet, deren einer österreichische und deren anderer preußisch-deutsche Interessensphäre ist. Wenn die zwei Kaiser diesen tatsächlichen Zustand kennen würden, so müßten sie eilends zu-

sammentreten, um allen ihren militärischen und zivilen Behörden den unbedingten Befehl zu geben, im Sinne der Proklamation vom 5. November 1916 zu handeln. Ob das durch eine Mischung der beiderseitigen Okkupationsverwaltungen zu geschehen hat oder dadurch, daß einer der beiden Staaten die Okkupationsaufgabe ganz in die Hand nimmt, ist Sache der Vereinbarung. Wir glaubten verstanden zu haben, daß vor dem 5. November in Wien abgemacht worden sei, daß diese Verwaltungs- und Übergangsaufgabe dem deutschen Generalgouvernement zufallen solle. Es sind aber Zweifel aufgetaucht, ob eine derartige Abmachung tatsächlich vorhanden ist.

Abgesehen vom national-politisch polnischen Interesse, hat die Vereinheitlichung der polnischen Staatsverwaltung auch einen bedeutenden wirtschaftspolitischen Zweck im Hinblick auf Ernährungs- und Steuerfragen. Da die größten Bedarfskreise innerhalb der deutschen Verwaltung liegen, ist es eine Benachteiligung der Bevölkerungsmengen von Warschau, Lodz und Dombrowa, wenn die Nahrungsquantitäten des mehr agrarischen Gouvernements Lublin nicht in den wirtschaftlichen Ausgleich eingesetzt werden können, wie denn überhaupt auch innerhalb der kleineren Verwaltungsteile etwas reichlich wirtschaftlicher Lokalpatriotismus vorhanden zu sein scheint. Das, was Polen zur Erhaltung der kämpfenden Armeen beizutragen hat, muß ja sowieso unter die einheitliche Direktion von Ober-Ost gestellt werden. Alles schreit nach Vereinfachung des Apparates, und während wir Mitteleuropäer uns zu rühmen pflegen, daß wir der Welt ein Beispiel hoher und erfolgreicher Organisationsfähigkeiten bieten, wird man leider das Gefühl nicht los, daß in Polen die Fähigkeit, formale Hindernisse zu erfinden, in gleich hohem Grade entwickelt ist.

* * *

Im Grunde gehen also alle diese Schwierigkeiten darauf zurück, daß der gemeinsame mitteleuropäische Staatsvertrag noch nicht existiert und daß man geglaubt hat, die polnische Frage ohne prinzipielle Klärung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vorläufig lösen zu können. Etwa im Oktober vorigen Jahres sagte ich in einer Besprechung mit einer polnischen Delegation in Berlin: „Es soll ein Vertrag gemacht werden, für den beide Vertragschließende noch nicht da sind.“ An dieses Wort habe ich in den letzten Wochen oft denken

müssen. Es fehlt sowohl auf polnischer wie auf mitteleuropäischer Seite die klare Bestimmung des verantwortlichen Subjektes der gemeinsamen Handlung, und es fehlt auf mitteleuropäischer Seite die Formulierung des gemeinsamen Zieles. Das, was von allen Beteiligten eingesehen wird, ist die Notwendigkeit einer möglichst geradlinigen und militärisch vorteilhaften Abgrenzung zwischen Mitteleuropa und Rußland. Mag die Grenze etwa dort verlaufen, wo heute die Schützengräben liegen, mag sie auch etwas anders gezogen werden, so ist sie unter allen Umständen das größte gemeinsame Interesse aller beteiligten mitteleuropäischen Mächte. Diese Militärgrenze nach Osten hin kann und darf nicht rein polnisch belassen werden, denn dazu ist die polnische Armee noch viel zu jung und zu schwach, um sofort die ganze Wacht gegenüber der riesigen Gewalt Rußlands zu übernehmen. Es liegt ebensowohl im deutschen wie im österreichischen und auch im ungarischen Interesse, daß der zukünftige Schützengraben oder die zukünftige Festungslinie nach Rußland hin von unbedingter und unfraglicher Sicherheit ist. Darauf beruht geradezu die künftige Ruhe des Erdteils. Um aber diese militärische Sicherungslinie schaffen zu können, muß vorher die Militärkonvention zwischen Berlin, Wien, Budapest und Warschau fertig sein. Wir werden sicherlich alle zugeben, daß unsere Generale jetzt so viel dringende Kampfesaufgaben haben, daß sie nur mit einer gewissen Unlust an die systematische Vorarbeit für den kommenden mitteleuropäischen Militärvertrag herangehen. Es ist wohl auch möglich, daß die unvermeidlichen kleinen und größeren Reibungen der Kriegführung jetzt dieses Werk der Bundesgenossen erschweren, aber Männer wie Hindenburg, Ludendorff, Conrad von Hoetzendorf und Arz sollten doch Blick genug dafür haben, daß die allerersten Grundzüge der zukünftigen Militärverfassung Mitteleuropas schon jetzt festgelegt werden müssen, weil nur dadurch auch Klarheit in den staatlichen Beziehungen der Mittelmächte untereinander und zu Polen gewonnen werden kann. Hier haben alle Empfindlichkeiten zu schweigen, und mit offener Freimütigkeit müssen die Vertreter der gemeinsam kämpfenden Armeen auch die Kraft haben, ihr tatsächliches gegenwärtiges und künftiges Verhältnis aktenmäßig zu fixieren.

* * *

Es ist kein Geheimnis, daß die Meinungen darüber, was aus Polen werden soll, vor dem November 1916 geschwankt haben. Es gab eine Zeit, in der sowohl in Wien wie in Berlin die Idee sehr verbreitet war, die man mit dem Worte „Trias" bezeichnete, nämlich der Gedanke, aus Galizien und Kongreßpolen unter dem österreichischen Kaiser einen dritten Staat zu machen, der neben Österreich und Ungarn als gleichberechtigte dritte Größe träte. Gegen diese Idee haben sich von Anfang an ungarische Stimmen erhoben, weil die Ungarn mit der ihnen eigenen nationalen Konsequenz am System des Dualismus festhalten und ihr Größenverhältnis zu Österreich grundsätzlich nicht verändern möchten. Um dieses wohlverständlichen ungarischen Einspruchs willen haben auch diejenigen von uns in Deutschland, die sich um diese Fragen näher bekümmert haben, nur mit Vorbehalt an den Gedanken der Trias herantreten können; denn es ist von vornherein ausgeschlossen, daß eine befriedigende mitteleuropäische Gestaltung gewonnen wird, durch die Ungarn in seinen historisch erworbenen Rechten verkürzt wird. Sollte sich aber zwischen Ungarn und Österreich eine beiderseits erträgliche Lösung dieser Schwierigkeit finden, so bestand meines Wissens auf deutscher Seite durchaus keine Abneigung, auf den österreichischen Gedankengang prüfend einzugehen. Nur war es dabei von vornherein selbstverständlich, daß der mitteleuropäische Militär-Staats- und Handelsvertrag vorher unabänderlich fest sein müßte, denn es war vom Standpunkt der deutschen Verteidigung aus undenkbar, die lange und gefährliche preußische Ostgrenze in österreichische Hände zu geben, solange auch nur theoretisch die Möglichkeit bestand, daß Österreich-Ungarn-Polen einmal in der Zukunft als Feind Preußen-Deutschlands auftritt. Deutschland stellte keine Bedingungen, die nicht in der Sache selbst liegen und sich aus der geographisch-historischen Landkarte ergeben. Kurz, soviel der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, gab es einen Zeitpunkt, in dem die polnisch-galizische Staatsgruppe unter österreichischer Dynastie herstellbar war, wenn Österreich-Ungarn-Polen in ein festes mitteleuropäisches Vertragsverhältnis eintreten wollten. Nur von dieser Voraussetzung aus erklären sich verschiedene Vorgänge im Krakauer Polenklub. Weshalb damals unter Führung des Ministers v. Burian die österreichische Dynastie nicht zugriff, kann von uns nicht beantwortet werden. Jedenfalls ist es österreichischer Wille gewesen, dieser Lösung nicht näherzutreten.

Inzwischen ging die Entwicklung weiter, es zeigten sich bei den Deutschen und Österreichern Okkupationsgefühle und bei den Polen ein steigender Nationalismus. Generalgouverneur v. Beseler faßte und vertrat seine Idee vom mitteleuropäischen polnischen Königtum, und die zwei Kaiser bekannten sich öffentlich und feierlich zu dieser Idee. Wenn nun trotzdem etwa in Österreich rückläufige Gedanken einsetzen und man nochmals auf die Triasidee zurückgreifen möchte, so steht unseres Erachtens nichts im Wege, eine offene Verhandlung darüber zu beginnen. Beide Regierungen können dann nochmals prüfen, ob dieser Gedanke jetzt noch durchführbar ist und ob Österreich-Ungarn die mit ihm notwendig verbundenen Konsequenzen übernehmen will oder nicht. Wir hoffen, daß aus offener Aussprache ein guter Erfolg kommt.

Es versteht sich von selbst, daß bei der Aufrichtung Mitteleuropas die geschichtlichen Interessen Österreichs ebensogut gewahrt und gepflegt werden müssen wie die Preußens, aber dafür gibt es doch wahrhaftig im gegenwärtigen Geschichtszeitpunkt noch andere Möglichkeiten als gerade die weitere Zerrüttung des durch die Zweikaisermanifestation ins Leben gerufenen Königreichs Polen.

* * *

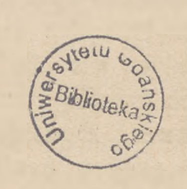
Als die Proklamation des polnischen Staates erschien, war sie ein internationaler Akt der Mittelmächte. In der ganzen weiten Welt wurde mit Befriedigung oder Zweifel festgestellt, daß die Zentralmächte, von deren Brutalität die Ententeblätter nicht genug erzählen können, eine Befreiungstat begonnen hatten. In Deutschland und Österreich schrieb man: Während die Engländer sich mit der Bedrückung Griechenlands beschäftigen, befreien wir die Polen! Am meisten aber hörten die West- und Südslawen diese neue Botschaft. Leuchtete hier nicht ein weitgehender, verheißungsvoller politischer Gedanke auf? Mitteleuropa als Befreiungsmacht der westslawischen Nationen? Ein wirklich mit Hilfe der Zentralmächte aufgerichtetes antirussisches Königreich Polen verändert, wenn es gelingt, das Angesicht aller Nationalitätsstreitigkeiten zwischen Weichsel und Adriatischem Meer. Man bekam eine Ahnung, welche heilsamen weltgeschichtlichen Folgen die Beselersche Idee gewinnen konnte — konnte und sollte!

Große Ideen dürfen nicht in gar zu kleinen Portionen aufgetragen werden. Ich fürchte aber, daß man hier diesen Fehler getan hat und täglich weiter tut. Vor dem 5. November 1916 war noch volle Ungebundenheit, ob die mitteleuropäischen Mächte eine Befreierrolle spielen wollten oder nicht. Nachdem sie aber einmal die sogenannte „große Geste" gemacht, nachdem sie sich als Freiheitsbringer angekündigt haben, ist es gegen die innere Logik ihres eigenen Vorgehens, wenn sie mit sauersüßer Miene sich jeden einzelnen Schritt langsam abringen lassen. Was du tust, das tue ganz!

Dabei glaube ich, daß der Wille der Polen zur Heeres- und Staatsbildung noch immer gut ist. Allerdings, was bleibt ihnen sonst übrig? Sie allein können in ihrer heutigen Lage die Russen nicht zurückrufen, selbst wenn sie wollten. Wie sollten sie das machen? Und wiederkehrende Russen bedeuten nach diesem Kriege unbedingte Russifizierung. Der Pole ist in einer Zwangslage. Aber wir fragen uns, ob es klug ist, diese Zwangslage so zu verwenden, wie es jetzt geschieht: eine langgedehnte, peinvolle künstliche Unklarheit. Es gibt für jede Zukunftsaussaat einen wichtigen Monat, ein historisch gegebenes Wetter. Dieser Monat war ungefähr der November. Hätte man damals die Armee gleich fertig gemacht, dem Staatsrat positive Arbeit gegeben, den Polen ihre Mittätigkeit merkbar werden lassen, so würden heute schon grüne Halme auf dem Acker stehen. Statt dessen stritt man über Eidesformel und anderes. Wo ist in Mitteleuropa der Mann, der solche Störungen geschichtlich richtig begonnener Werke verbietet? Ist er im Hauptquartier, ist er in der Zivilregierung? Wo ist der Mann, der die Gabe des freien großen politischen Gestaltens besitzt? Die Zeit ist reif, daß er seine Hand fühlbar werden läßt.

Oder kann bei uns nur das Volk tapfer kämpfen, aber —? Ich will mich keinen schweren Gedanken hingeben, ich will nicht, denn noch ist Krieg. Jetzt müssen wir alle Optimisten bleiben, das ist unsere heilige Pflicht und Schuldigkeit:

Die Staatsmänner Deutschlands und Österreich-Ungarns sollen der großen herrlichen Aufgaben würdig sein, die ihnen durch die Tapferkeit unserer Truppen zufallen.


Uniwersytetu Gdanskiego
Biblioteka

